

5. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Mittwoch, 28. Januar 2026
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.10 Uhr

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Sandy Grieder, 4. Christian Huber, 5. Simone Sager,
6. Andrea Walder, 7. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Stephan Bielser, 3. Kerstin Bütschi, 4. Florian Eberhard,
5. Stefanie Kurt, 6. Daniela Minikus, 7. Luc Nünlist, 8. Claudia Schmid

Junge SP Region Olten:

1. Flurin Vögeli

Die Mitte:

1. Darryl Fiechter, 2. Muriel Jeisy-Strub

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Silvia Huber, 2. Tobias Käser, 3. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Jann Frey, 3. Regina Graber, 4. Lukas Lütolf,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Lukas Neumaier, 4. Ursula Rüegg, 5. Christine Schor

Olten jetzt!:

1. Lara Casura, 2. Salome Kisker, 3. Olivia Imhof, 4. Benjamin Mühleisen, 5. Tobias Oetiker,
6. Laura Schöni, 7. Vivek Sharma

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Thomas Fürst, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Ramon Christen, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Luzia Baumann (stellvertreten durch Kerstin Bütschi)
Nico Zila (stellvertreten durch Markus Wyss)
Denise Spirig (stellvertreten durch Benjamin Mühleisen)
Marc Winistörfer (stellvertreten durch Christine Schor)
Cécile Send (stellvertreten durch Flurin Vögeli)
Salome Kisker
Philippe Ruf
Raphael Schär-Sommer

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: -

Vorsitz: Ursula Rüegg

Protokollführer: Roland Sampt, Leiter Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Regierungsprogramm des Stadtrates von Olten / Kenntnisnahme
3. Musikschule im Kloster, Beschluss Verpflichtungskredit / Genehmigung
- 3.1 Auftrag Fraktion SP/JSP betr. Mehr Unterstützung von jungen Eltern in Olten
- 3.2 Interpellation Tobias Vega (SP/JSP) betr. Standplatz für Fahrende
- 3.3 Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Schrittweise Aufhebung der Taxigebühren
- 3.4 Überparteilicher Auftrag betr. Sichere Fahrradabstellplätze am Bahnhof Olten
- * 4. Aufstockung Fachstelle Private Beistandspersonen/Genehmigung
- * 5.1 Auftrag Florian Eberhard SP/JSP betr. Sexuelle Gesundheit 2.0 – kostenlose Tests ermöglichen
- **5.2 Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Verursachergerechte Abfallgebühren
- **5.3 Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Erweiterung der finanzpolitischen Grundsätze im Budget und Finanzplan
- **5.4 Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO), Jann Frey (GO) betr. Neophyten-Aktionsplan für Olten
- **5.5 Auftrag Daniela Minikus (SP) und Luc Nünlist (SP) betr. Badi-Areal für alle: Bewegung und Begegnung auch im Winter
- **5.6 Auftrag Fraktion GO/JGO betr. Nachhaltiges Bauen in Olten
- **5.7 Interpellation Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Aktuelle Bestandesaufnahme über HR-Prozesse in der Stadt Olten
- **5.8 Überparteilicher Auftrag betr. Förderung des öffentlichen Verkehrs bei Grossanlässen auf Gemeindegebiet
- **5.9 Überparteilicher Auftrag betr. Partizipatives Budget

- **5.10 Überparteilicher Auftrag betr. Kostenlose Menstruationsartikel in Gebäuden der Stadt Olten
- **5.11 Interpellation Simon Bloch (FDP), Jann Frey (GO), Tobias Oetiker (OJ), Daniela Minikus (SP) betr. Fragliche Praxis der Altstadtkommission
- **5.12 Interpellation Darryl. Fiechter (Mitte), Beat Bachmann (EVP) und MU betr. Nutzung Kloster und Öffnung Klostergarten
- **5.13 Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first» bei freihändigen Vergaben
- **5.14 Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Rückzug Baugesuch Leberngasse – wie weiter?
- **5.15 Interpellation Lukas Neumaier (SVP) betr. Kriminalität in der Stadt Olten
- **5.16 Interpellation Marc Winistörfer (SVP), Robin Kiefer (SVP) und MU betr. Führungskrise in der Direktion Bildung und Sport
- **5.17 Auftrag Florian Eberhard (SP) und MU betr. Prüfung eines kostenlosen Sport- und Freizeitmaterialverleihs in Olten
- **5.18 Auftrag Daniela Minikus (SP) und Tobias Oetiker (OJ) betr. Fachkommission für Baukultur und nachhaltige Stadtentwicklung
- **5.19 Auftrag Marc Winistörfer (SVP) und MU betr. Nachtragskredite transparent ausweisen
- **5.20 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Stephan Bielser (SP) betr. Kostenlose Abgabe von Abfallsäcken in der Stadt Olten
- **5.21 Auftrag Stefanie Kurt (SP) betr. Für mehr Transparenz: Stärkung der Nutzer*innen-Erfahrung während den Live-Übertragungen des Gemeinde-parlaments in der Stadt Olten
- **5.22 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Kerstin Bütschi (SP) betr. Barrierefreies Olten für alle*
- **5.23 Auftrag Fraktion FDP betr. Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder»

* Anpassung der Traktandenliste (auf den 2. Sitzungstag verschoben)

** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Sehr geehrte Damen und Herren Gemeindeparlamentarierinnen und Gemeindeparlamentarier, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Herren Stadträte, sehr geehrte Zuschauende und Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie alle ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung.

Mitteilungen

Abwesenheiten

Salome Kisker und Philipp Ruf haben sich krankheitsbedingt abgemeldet. Gestützt auf das Geschäftsreglement Artikel 11 Absatz 2, welches besagt, dass Abwesenheiten spätestens sieben Tage vor dem Sitzungstermin bekanntzugeben sind, können diese beiden leider nicht vertreten werden. Ich sage das, weil es diesbezüglich eine Anfrage gegeben hat. Das Geschäftsreglement berücksichtigt somit keine kurzfristig notwendigen Abwesenheiten. Wir wünschen aber Salome Kisker und Philipp Ruf gute Besserung. Dann eine Mitteilung in eigener Sache. Mir ist bewusst, dass man sich mit der neuen Technik überall hinsetzen kann. Es wäre aber ganz toll für mich, wenn die Sitzordnung einigermaßen gleichbleiben würde. Mit all diesen Stellvertretungen ist es eine zusätzliche Herausforderung, immer zu wissen, wer wo sitzt. Besten Dank.

Schweigeminute für Markus Meyer

Gestern ging bei uns die Mitteilung ein, dass mit Markus Meyer, Jahrgang 1956, ein ehemaliges, langjähriges Mitglied verschiedener Kommissionen, am vergangenen Sonntag, 25. Januar, leider verstorben ist. Markus Meyer hat sich engagiert in der Rechnungsprüfungskommission von August 2001 bis Dezember 2010, in der Altstadtkommission August 2009 bis Juli 2013 und in der Spezialkommission zur Revision der Gemeindeordnung August 2013 bis Juli 2017. Ebenso war Markus Meyer als Kantonsrat und Amtsrichter im Bezirk Olten tätig. Seiner Familie wünschen wir unser herzliches Beileid und viel Kraft in dieser schweren Zeit. Wir gedenken dem Verstorbenen mit einer Schweigeminute und ich bitte euch, euch zu erheben.

Stellvertretungen

- Nico Zila → Markus Wyss
- Marc Winistörfer → Christine Schor
- Cécile Send → Flurin Vögeli
- Luzia Baumann → Kerstin Bütschi
- Denise Spirig → Benjamin Mühleisen

Demission/Nachrücken im Gemeinderat

Wir dürfen im Gemeinderat ein neues Mitglied begrüßen. Lara Casura von OJ. Sie nimmt Einsitz in unser Gremium für Seu-Jhing Tang, welche leider demissioniert hat. Ihr werdet euch jetzt fragen, warum euch die Demission nicht zur Genehmigung vorgelegt wurde. Abklärungen von unserem Stadtschreiber, Ramon Christen, haben ergeben, dass Demissionen aus dem Gemeinderat zwecks Entlassung aus der Amtspflicht dem Stadtrat und nicht dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Wir werden künftig allfällige Demissionen in den Mitteilungen zur Kenntnis geben.

Aufnahme und Vereidung von einem regulären Mitglied und zwei Ersatzmitgliedern

Lara Casura (OJ) rückt für Seu-Jhing Tang (OJ) nach und Christine Schor (SVP) und Markus Wyss (FDP) nehmen heute zum ersten Mal im Rahmen ihrer Funktion als Ersatzmitglieder an einer Parlamentssitzung teil. Sie alle müssen vereidigt werden. Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg begrüsst Lara Casura, Christine Schor und Markus Wyss und heisst sie im Parlament willkommen. Sie verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“ Lara Casura, Christine Schor und Markus Wyss legen hierauf mit den Worten „ich gelobe es“ das Gelöbnis ab. Sie sind damit vereidigt.

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 26. November 2025 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Anpassung Einreihung von Mitarbeitenden/Genehmigung

(Beschluss Ziffer I/1-2)

- Teilrevision Reglement über die Erhebung einer Übernachtungstaxe durch die Einwohnergemeinde Olten/Genehmigung

(Beschluss Ziffer I/1-2)

- Budget/Genehmigung

(Beschlüsse Ziffer 1-9)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 4. Dezember 2025 und die Referendumsfrist ist am 5. Januar 2026 abgelaufen. Feststellung: Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und diese der Rechtskraft erwachsen sind.

Änderung Traktandenliste

- Das zweite Sachgeschäft behandeln wir am Donnerstag, weil der Sozialdirektor Raphael Schär-Sommer am Mittwoch verhindert ist und nicht anwesend sein kann.
- Das Büro hat beschlossen, den «Auftrag Florian Eberhard SP/JSP betr. Sexuelle Gesundheit 2.0 – kostenlose Tests ermöglichen» auf den zweiten Sitzungstag zu schieben, da Raphael Schär-Sommer am Mittwoch nicht anwesend sein kann. Das bedeutet, sollte das Traktandum am Mittwoch an der Reihe sein, wird es übersprungen. Der Auftraggeber, Florian Eberhard, wurde durch mich informiert und ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Januar 2026

Prot.-Nr. 26

Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder», Beschluss

Mitte November 2025 hat der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden die Gemeindeautonomie-Initiative lanciert. Sie verlangt, dass der Kanton die Hälfte seines Anteils der ausgeschütteten Nationalbankgewinnen an die Gemeinden abtritt. Deren ungebundenen Mittel sind sehr knapp, weshalb ihr Spielraum zur Finanzierung von regional unterschiedlichen Bedürfnissen sehr klein ist. Die zusätzlichen Einnahmen aus den Nationalbankgewinnen würden diesem Anliegen Rechnung tragen. Der Stadtrat beantragt deshalb, der Initiative zuzustimmen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Mit amtlicher Publikation vom 14. November 2025 hat der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) die Initiative für eine «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)» lanciert. Diese kommt zustande, wenn sie innert 18 Monaten nach der amtlichen Publikation des Initiativtextes von 3000 Stimmberechtigten oder zehn Einwohnergemeinden unterstützt wird (Art. 30 Abs. 3 Kantonsverfassung des Kantons Solothurn). Der VSEG hat deklariert, dass er nicht Individualunterschriften von Stimmberechtigten, sondern die Unterstützung von mindestens zehn Gemeinden anstrebt. Im Fall der Stadt Olten ist dazu ein Beschluss des Parlaments notwendig.

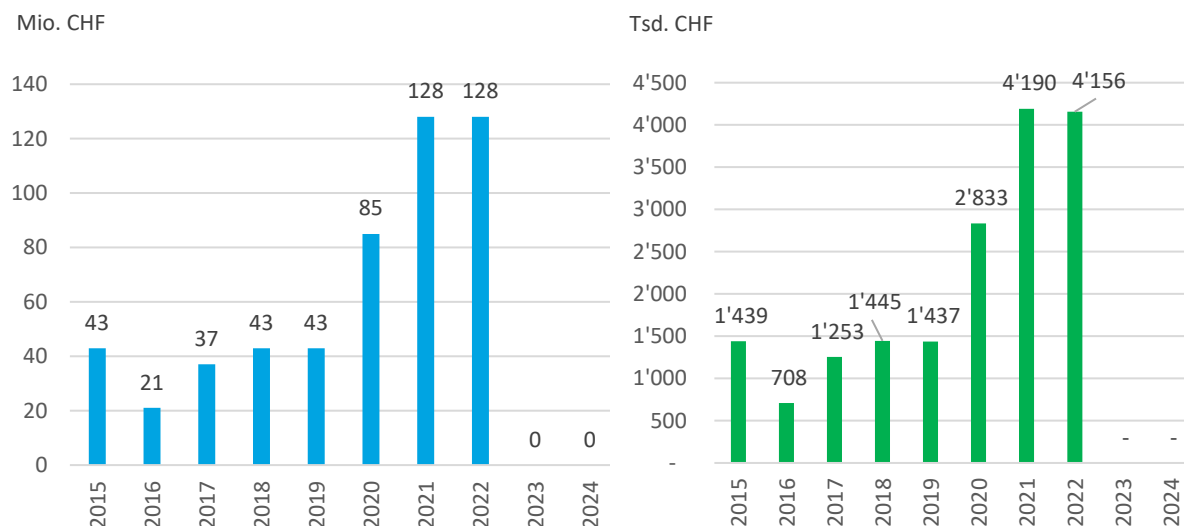
Die Initiative fordert, dass folgender neuer Artikel in die Kantonsverfassung aufzunehmen sei:

Art. 131^{bis} Beteiligung der Gemeinden an den Ausschüttungen der Nationalbank
Die Hälfte der Ausschüttungen der Nationalbank an den Kanton wird nach Massgabe der Bevölkerungszahl an die Gemeinden verteilt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Verteilung nach Anhörung der Gemeinden.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) befindet sich zu 55% im Besitz der öffentlichen Hand (Kantone, Kantonalbanken etc.); die übrigen Aktien sind grösstenteils im Besitz von Privatpersonen. Der nach Bildung von gesetzlich festgelegten Rückstellungen verbleibende Gewinn steht für die Ausschüttung an Bund und Kantone zur Verfügung. Damit der Finanzfluss mittelfristig konstant ist, treffen das eidgenössische Finanzdepartement (EFV) und die SNB eine Vereinbarung über mehrere Jahre. Dies erleichtert Bund und Kantone die Finanzplanung. Die letzte Vereinbarung betrifft die Geschäftsjahre 2020 bis 2025 und sieht eine Gewinnausschüttung von maximal CHF 6 Mrd. sofern dies das Ergebnis zulässt. Wie nachfolgende Ausführungen zeigen, wurde das Ziel der Verstetigung jedoch verfehlt.

Die Verteilung des ausgeschütteten Gewinns zwischen Bund und Kantonen erfolgt nach dem Verhältnis 1:2. Die Verteilung unter den Kantonen wiederum erfolgt auf Basis der mittleren Wohnbevölkerung. Die Erträge des Kantons Solothurn aus den SNB-Gewinnen waren in den vergangenen Jahren jeweils sehr volatil. Unter der Annahme, dass auch die in der Initiative geforderte Hälfte der kantonalen Erträge nach Massgabe der Wohnbevölkerung an die Gemeinden verteilt worden wäre, hätte die Stadt Olten in den letzten zehn Jahren bis zu maximal 4.2 Millionen Franken (2021) zusätzlich eingenommen. Im Verhältnis zum damaligen Aufwand (CHF 122.9 Mio.) respektive Gewinn (CHF 10.1 Mio.) wäre dies durchaus ins Gewicht gefallen.

Abb. 1 – Effektive Erträge des Kantons Solothurn (links) und hypothetische Erträge der Stadt Olten aus Nationalbankausschüttungen



Quelle: Eidgenössische Finanzstatistik der eidg. Finanzverwaltung (EFV), eigene Berechnungen

Begründet wird die Initiative damit, dass im Rahmen des jüngsten kantonalen Sparprogramms etliche Aufgaben und Finanzlasten vom Kanton auf die Gemeinden übertragen worden seien. Ferner seien die Kosten in den kommunalen Aufgabenbereichen Alter/Pflege und Soziales in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Aufgrund davon verlören die Gemeinden ihre finanzielle Selbständigkeit. Die Nationalbankgelder sollen daher die Gemeindeautonomie stärken. Gegenstimmen monieren, dass mit der Verteilung der Nationalbankgelder die Kostensteigerung in den erwähnten Bereichen nicht angegangen würde und es sich beim angestrebten Verteilmechanismus um ein Giesskannenprinzip handle. Aus Sicht des Kantons würde sich dessen ohnehin angespannte Finanzlage weiter verschärfen, wenn er die Hälfte seiner Einnahmen aus den Nationalbankgewinnen abtreten müsste.

2. Erwägungen

Generell geht es bei der Frage nach der Verteilung staatlicher Einnahmen darum, wie ausgeprägt der Föderalismus im Kanton Solothurn sein soll. Föderale Strukturen gelten besonders dann als geeignet, wenn der regionalen Heterogenität Rechnung getragen werden soll. Dies ist insbesondere angezeigt, sobald in den verschiedenen Kantonsgebieten unterschiedliche Bedürfnisse der Bevölkerung bestehen. Dass diese Realität sind und die Bevölkerung den Wunsch nach kommunaler Differenzierung hat, zeigte jüngst beispielsweise das Abstimmungsergebnis zum Kita-Gesetz, welches eine kantonale Vereinheitlichung anstrebte und mit 64.5% nein Stimmen klar verworfen wurde. Die Bevölkerung in Biezwil hat andere Bedürfnisse als in Olten und möchte ihre Aufgabenwahrnehmung auch anders gestalten und gewichten. Damit beide Gemeinden dies unabhängig voneinander tun können, benötigen sie jedoch auch die finanziellen Mittel.

Durchaus dürfen sich die Gemeinden aufgrund der Volatilität der Auszahlung in ihren Budgets nicht auf diese Einnahmequelle verlassen. Wenn sie zu stark mit den Mitteln rechnen, begeben sie sich in eine Abhängigkeit und müssten bei einem ausfallenden Geldstrom mit Defiziten rechnen oder ihre Leistungen zurückfahren. Dem ist entgegenzuhalten, dass dasselbe Argument für den Kanton zutrifft, wo schwindende Nationalbankgelder grosse Löcher im Budget hinterlassen. Wenn der Kanton im Vornherein weiss, dass er die Hälfte der Gelder an die Gemeinden abtreten muss und seine Einnahmeschwankungen auch nur halb so gross sind, kann er sich im Rahmen der Budgetierung bereits darauf einstellen. Die Mittel verteilen sich auf mehr Gebietskörperschaften und fallen daher im einzelnen Budget weniger ins Gewicht. Im konkreten Fall der Stadt Olten liegt die Schwankung von CHF ± 4 Mio. innerhalb jener Bandbreite, die sich auch aufgrund der grösseren Steuerzahler ohnehin ergeben kann. Die zusätzlichen Mittel sind willkommen, vermögen aber kein finanzpolitisches Umdenken auszulösen.

Finanzautonomie meint, genügend zweckungebundene finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, sodass die Gemeinde nach eigenem Ermessen über die Wahrnehmung ihrer Aufgaben befinden kann. In der Tat spürt auch Olten die starke Zunahme der gebundenen Ausgaben in ihrer Rechnung. Dies schränkt insbesondere das Parlament in seiner Aufgabe der Mittelallokation ein. Es kann über immer weniger Positionen effektiv entscheiden und muss das vom Stadtrat vorgelegte Budget als gegeben hinnehmen. Besonders betroffen sind der Gesundheits- und Sozialbereich mit Ausgaben für stationäre sowie ambulante Pflege und Ergänzungsleistungen der AHV sowie die gesetzliche Sozialhilfe. Aber auch im Bereich Bildung sind der Stadt grösstenteils die Hände gebunden, weil der Kanton die Lehrerlöhne, die Spannweite der Klassengrösse, die Pflichtlektionen usw. vorgibt. Durch die zusätzlichen Nationalbankgelder könnten die Gemeinden punktuell Leistungen finanzieren, die aufgrund anderswo gebundener Ausgaben nicht mehr angeboten werden können.

Die Stärkung der kommunalen Finanzautonomie gehört zu den Zielen des Finanz- und Lastenausgleichs (§2 Abs. 1 lit. a FILAG EG¹). Der neuste Expertenbericht zur Evaluation des kantonalen Finanzausgleichs² stellt diesem zwar ein grundsätzlich gutes Zeugnis aus. Er schlägt jedoch auch vor «die Grenzabschöpfungsquote³ und die Mindestausstattung etwas zu senken. Damit könnte auch die potenzielle Anreizproblematik in der Mindestausstattung weiter reduziert werden. [...] Ob die damit verbundene etwas reduzierte Ausgleichswirkung vor dem Hintergrund der aktuellen Unterschiede als angemessen eingeschätzt wird oder nicht, ist politisch zu diskutieren.» (BSS Volkswirtschaftliche Beratung, 2023: S. 34). Olten ist seit jeher Gebergemeinde und bezahlte in den letzten Jahren zwischen CHF 3.1 Mio. (2025) und CHF 4.8 Mio. (2020). Dies schränkt die Finanzautonomie von Olten ein, weil die Stadt nicht in eigenem Ermessen über die Mittelverwendung entscheiden kann. Vor dem Hintergrund der Expertenempfehlung, müsste diese Grenzabschöpfung aus Sicht Oltens zwingend gesenkt werden, um die Finanzautonomie zu stärken. Zwar stellt die vorliegende Initiative nicht den Finanzausgleich als Instrument zur Erhöhung der kommunalen Finanzautonomie zur Debatte. Sie kann das Manko an Finanzautonomie aber anhand des Zustupfs aus den Nationalbankgewinnen teilweise kompensieren.

Mit der vorliegenden Initiative hat der Kanton Solothurn die Chance, eine Pionierrolle einzunehmen die Vorteile finanzautonomer und -starker Gemeinden zu nutzen. Frühere

¹ Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG) vom 30.11.2014, BGS 131.73

² BSS Volkswirtschaftliche Beratung (2023), Finanz- und Lastenausgleich – Wirksamkeitsbericht 2023, Paket 1: Funktionalität, Wirksamkeit und Zielerreichung, Basel,

³ Anmerkung: Die Grenzabschöpfung besagt, um wieviel die Abgabe einer Gemeinde in den Finanzausgleich steigt, wenn sich die Steuerkraft um CHF 1 erhöht. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung betrug diese im Kanton Solothurn 37%.

Versuche, wie beispielsweise im Kanton Aargau⁴ sind unter anderem aufgrund einer teilweisen Zweckbindung der Mittel gescheitert. Diese ist im Kanton Solothurn nicht vorgesehen und aufgrund der vorherigen Schilderungen auch nicht sinnvoll. Vielmehr könnte den anderen Kantonen aufgezeigt werden, wie eine Umsetzung funktionieren könnte.

3. Finanzielle Auswirkungen

Gemäss obenstehenden Ausführungen ist mit jährlichen Einnahmen von Null bis zu einem Betrag im mittleren einstelligen Millionenbereich möglich. Konkret hängen sie nebst den Nationalbankgewinnen aber auch von der Vereinbarung zwischen der EFV und der SNB ab, welche für das Jahr 2026 fortfolgende neu ausgehandelt werden muss. Deren Inhalt ist somit noch unklar.

4. Fazit

Aus den vorgenannten Gründen kommt der Stadtrat zum Schluss, dass die Initiative mit den Interessen der Stadt Olten in Einklang steht und ihr deshalb zuzustimmen sei.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Initiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)» wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Darryl Fiechter, GPK: An der Sitzung vom 20. Januar hat die GPK über das Geschäft Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder» beraten. Die Vorlage sieht vor, dass der ausgeschüttete Gewinn der Nationalbank künftig im Kanton Solothurn gleichmässig auf Bund, Kanton und Gemeinde verteilt würde. Jede Ebene bekäme den gleichen Anteil, entsprechend ein Drittel. Noch offen ist, ob diese Einnahmen künftig im Budget aufgenommen werden oder nicht. Alternativ könnten sie auch in einen Fonds einbezahlt werden. Jeder Kanton hat jedoch andere Regelungen zur Verwendung der Nationalbankgelder. Entsprechend wären wir einer der ersten Kantone, die eine solche Regelung auf kommunaler Ebene einführen würden. Neu ist, dass die Gemeinden in diesem Fall auch einen Teil dieses Kuchens bekommen sollten. Der Kanton Solothurn wäre somit der erste Kanton, der die Gewinne an die Gemeinden auszahlen würde. Die Hauptdiskussion hat

⁴ Motion der FDP-Fraktion vom 29. April 2025 betreffend angemessene Weitergabe der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an die Gemeinden

sich in der GPK auch auf die Frage der Budgetierung fokussiert. Vom Einsatz für Steuersenkungen bis zum Einsatz der Mittel für Projekte sind bereits Vorschläge diskutiert worden. Gleichzeitig wurde auch betont, dass die Erträge stark schwankend sind und deshalb für laufende Ausgaben eher ungeeignet seien. Die Ausschüttungen sind nicht garantiert und entsprechend schwer planbar. Es wird diskutiert, ob in einer Annahme zusätzliche Aufgaben des Kantons auf die Gemeinden übertragen werden könnten und dadurch die zusätzlichen Einnahmen wieder kompensiert würden. Es wird auf kommende Abstimmungen verwiesen, die Mehrbelastungen für die Gemeinden mit sich bringen werden. Ein direkter Zusammenhang mit den Initiativen wird vom Stadtrat eher verneint. Die Vorlage wird als mögliches Pionierprojekt auf Kantonsebene mit Signalwirkung bezeichnet. Ein ähnliches Vorhaben ist im Kanton Aargau wegen einer Zweckbindung gescheitert. Im Kanton Solothurn wird auf diese Zweckbindung verzichtet. Diese wurde damals verworfen, damit man keinen zusätzlichen Finanzausgleich schaffen würde. Genau darum ging es beim weiteren Gesprächsverlauf. Es wird auch in der GPK angemerkt, dass die Vorlage den bestehenden Finanzausgleich unterlaufen könnte. Gemeinden mit guter Finanzlage profitieren gleichermassen wie finanzschwache Gemeinden. Die Verteilung nach Einwohnerzahl wird aber als einfach und nachvollziehbar erklärt. Zudem wird angemerkt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Gewinnverteilung und der Aufgabenverteilung im Kanton gibt. Bei bestehenden wie auch neuen Aufgaben für Gemeinden wird angemerkt, dass die erhöhten Aufgaben für Gemeinden, die der Kanton abtritt oder abtreten kann, dort angepackt werden sollten und nicht mit einer zusätzlichen Finanzspritze. Mit der Verteilung der Nationalbankgelder wird eher Symptombekämpfung betrieben, als dass die hausgemachten Herausforderungen angegangen werden. Weiter wird diskutiert, wie verhindert werden kann, dass finanzstarke Gemeinden die Mittel nicht für Steuersenkungen brauchen. Durch die Souveränität der Gemeinden können Steuersenkungen nicht ausgeschlossen werden, doch der allgemeine Trend zeigt, dass ein absoluter Grossteil der Gemeinden keinen grossen Spielraum für Steuersenkungen hat, sodass allenfalls nur ein ganz kleiner Teil der Gemeinden es überhaupt in Betracht ziehen könnte, solche vorzunehmen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass mit dem Wegfall des STAF weiter steigende Kosten im Bereich Alter, Gesundheit und Bildung auf die Gemeinden zukommen wird und so der Druck auf die Gemeindefinanzen zunimmt. Das betrifft sowohl finanzschwache als auch finanzstarke Gemeinden. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Einnahmen nicht im normalen Budget budgetiert, sondern gezielt für Investitionen verwendet werden sollten. Zum Schluss wird darauf hingewiesen, dass die Gewinnverteilung historisch gesehen die Hoheit der Kantone ist. Die geplante Verankerung der hälftigen Weitergabe an die Gemeinden in die Kantonsverfassung aufzunehmen, wird als zu stark kritisiert. Sie schränken den politischen Spielraum ein und passen nicht in die Regelungen auf Bundesebene. Wir sind uns jedoch einig, dass wir als Gemeinde das Geld gut brauchen können. Die GPK empfiehlt, die Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder» abzulehnen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Besten Dank dem GPK-Sprecher für die Zusammenfassung. Der Stadtrat ersucht und empfiehlt euch, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag die Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder» zu unterstützen. Eine Initiative, die man auch unter dem Votum «Stärkung der Gemeindeautonomie» betiteln könnte. Die Generalversammlung der Solothurner Einwohnergemeinden hat beschlossen, dass sie/wir diese Initiative ergreifen wollen. Gemäss Artikel 30 der Verfassung des Kantons Solothurn ist dies möglich, wenn 3'000 Stimmberechtigte dafür unterschreiben. Ihr kennt das sicher auch selber vom Sammeln oder Unterschreiben von entsprechenden Initiativen. Oder eben, wenn zehn Gemeinden es unterstützen. Das werden wir erreichen, das wissen wir. Nichtsdestotrotz erachtet es der Stadtrat als wichtig, dass auch die grösste Stadt im Kanton die Initiative unterschreiben kann. Was sind die Gründe dafür? Man hat ja schon vieles gehört von Darryl Fiechter. Die Gemeindeinitiative will die Autonomie, will die Gemeinden stärken. Insbesondere in den Leistungsfeldern, in denen sie zuständig sind. Es sind Leistungsfelder, die von den Kosten her stark wachsen. Das kennen wir auch vom Haushalt hier in der Stadt. Im Sozialen, in der Gesundheit, in der Suchthilfe beispielsweise, wir haben es heute Morgen im Kantonsrat gehört. Es wurde mehrfach betont, dass die Unterbringung und die Suchthilfe auch Themen der Gemeinden sind. Ebenfalls natürlich die Bildung, dort sind die Lehrpersonen von der Stadt

angestellt, unterliegen zwar dem GAV, aber den Lohn erhalten sie von der Gemeinde. Alle Gemeinden, alle Städte sind mit zusätzlichen Lasten konfrontiert. Wir finden es recht und korrekt, dass die Hälfte der Gelder, die der Kanton von der Nationalbank bekommt, an die Gemeinden weitergeht. Somit würde jede Staatsebene mit einem Drittel davon profitieren. Ein Drittel der Bund, ein Drittel der Kanton, und entsprechend in der Summe ein Drittel auch die Gemeinden. Diese Verteilung würde entlang der Bevölkerungszahl, also der Köpfe in den Gemeinden, vonstattengehen. Das ist übrigens der gleiche Mechanismus, den auch der Bund anwendet. Er nimmt die mittlere Wohnbevölkerung für die Verteilung dieser Gelder. Entsprechend wäre es auch der Vorschlag des Initiativkomitees, dass man das nach der Bevölkerung, also nach der Einwohnerzahl, verteilen würde. Damit profitieren grössere mehr als kleinere. Das ist damit auch klar. Wir haben lange gerungen im Initiativkomitee, ob man eine Zweckbindung vornehmen möchte. Man hat sich dagegen entschieden, weil man auch schlechte Erfahrungen gemacht hat. Im Aargau ist dies nicht zustande gekommen. Und wir finden, es ist praktikabler und auch besser nachvollziehbar, wenn man es an die Zahl der Bevölkerung anbindet. Ihr seht es auch auf dem Unterschriftenbogen. Dort hat sich übrigens noch ein kleiner Fehler eingeschlichen. Ich bin ja Mitglied des Initiativkomitees. Und ich bin natürlich nicht gefrustet, ich wohne an der Fustlighalde (und nicht Frustighalde). Aber der Typo auf dem Unterschriftenbogen ist kein formeller Fehler. Es wird keine Konsequenzen haben. Es war ein Typo des Sekretariats des VSEG. Der Stadtrat ersucht euch um Unterstützung dieser Initiative. Ich denke, es ist wichtig und richtig, dass sich die grösste Stadt im Kanton vernehmen lässt. Und zwar durch das Parlament. Die Initiative kommt zustande, wenn die Gemeinden den Beschluss fassen, die Initiative zu unterstützen. Man muss sie dann noch einreichen. Man hat auch noch etwas Zeit. Man hat 18 Monate Zeit. Das heisst, es wird jetzt auch noch die Gemeindeversammlung zur Rechnung in den Gemeinden nach ordentlicher Gemeindegemeinschaft abgewartet. Wir haben die Antwort parat. Wir haben das Geschäft auch parat und wollten daher nicht auf die Juni-Sitzung warten, sondern bringen es heute zur Abstimmung. In der ausserordentlichen Gemeindegemeinschaft seid ihr, das Parlament, jene, die es beschliessen oder nicht beschliessen. In der ordentlichen Gemeindegemeinschaft ist es die Gemeindeversammlung, die beschliesst. Zehn haben schon darüber beschlossen. Es ist auch kein Geheimnis, eine oder zwei Gemeinden haben es abgelehnt. Das ist auch transparent. Wir möchten euch ersuchen, dem zuzustimmen. Es ist mir bewusst, man kann zu diesem Thema verschiedene Meinungen haben. Im Kantonsrat würde man es vielleicht etwas anders beurteilen. Das können die anwesenden Kantonsräte besser beurteilen. Ich glaube auch nicht, dass man eine geteilte Persönlichkeit haben muss, wenn man auf kommunaler Ebene eine andere Haltung hat, die man sonst als Kantonsrat hätte oder als die Bevölkerung, die am Schluss noch darüber abstimmt. Ich gebe zu, ich habe das auch schon gemacht und ich bin nicht schizophr. Manchmal muss man sich auch unterschiedlich verhalten. Man muss wissen, welcher der sogenannten Hüte man trägt. Ihr tragt heute den Gemeindehut, ich trage auch den Gemeindehut. Ich glaube, es ist auch nichts Verwerfliches, dass man die eigenen Interessen vertritt. Das ist mein Wunsch. Das ist der Wunsch von uns, dem Stadtrat. Ich hoffe, dass ihr dem folgen wollt. Letztlich, ja, wohnt man in einer Gemeinde. Ich möchte doch sagen, man wohnt irgendwo an einer Strasse, an einer Hausnummer, an einem Platz, auf einer Stadtseite. Man arbeitet oder studiert an einer Strasse, an einem Platz, an einer Allee, geht einkaufen, geht ins Theater, an einen Eishockey-Match. Letztlich ist die Gemeinde auf eine Art die Urscholle der Demokratie. Es hat auch einen Grund, warum Gemeinschaft «Gemeinschaft» heisst und nicht «Kantonsschaft». Der Kantonsinn ist mir auch noch nie begegnet. Ich bitte euch, den Gemeinsinn hochzuhalten. Ich möchte mich vielleicht bei den Argumenten und den Gegenargumenten noch einmal äussern. Es gibt durchaus gewisse Punkte, die man diskutieren kann. Es steht der Regierung übrigens auch frei, einen anderen Vorschlag zu machen. Im Kantonsrat natürlich auch. Nichtsdestotrotz kommt die Abstimmung zur Initiative natürlich vor die Solothurner Bevölkerung. Das ist klar. In diesem Sinne ist dieser Volksentscheid noch hängig. Aber die weiteren Diskussionen im Kantonsrat, in den vorberatenden Kommissionen, in der Regierung vorher und bei der Bevölkerung werden zeigen, wie das Resultat herauskommen wird. Das Argument, ob man die Gelder budgetiert oder nicht, habe ich gestern im Kantonsrat sehr aufmerksam verfolgt. Man hat beschlossen, dass man eine einfache Gewinn-Ausschüttung im IAFP-Finanzplan aufnimmt, auch in die Budgetierung. Diese Frage haben wir tatsächlich nicht entschieden. Es ist auch noch etwas früh dafür. Am

einfachsten ist es, wenn man es gar nicht budgetiert. Dann ist es auch keine Unsicherheit, wenn die Beiträge kommen. Insofern kann ich euch beruhigen, dass diese Beiträge die Schwankung einer Rechnung nicht stark beeinflussen werden. Die haben wir heute viel mehr durch juristische Personen, die mit ihrem Geschäftsgang, mit ausserordentlichen Ereignissen zu einer viel grösseren Schwankung führen können als ein Gewinn, wie in der Stadt Olten, in diesem Fall wären es, glaube ich, CHF 4 Mio., wenn man die aktuelle Gewinnausschüttung von CHF 4 Mrd. nehmen würde für die Kantone und den Bund. Der Bund ist übrigens nicht Aktionär der Nationalbank. Das weiss ich, weil ich selbst mal das Aktienregister geführt habe. Die Gewinn-Ausschüttung ist natürlich nicht zu verwechseln mit der Dividenden-Ausschüttung. Die ist beschränkt auf 15% des nominalen Wertes. Bei einer Aktie von CHF 250 Nominalwert, sind es CHF 15 minus Verrechnungssteuer. Das gibt noch einen guten Café Latte am HB Zürich. Aber die Gewinn-Ausschüttung ist in diesem Fall der Punkt. Der Kanton Solothurn hat natürlich auch noch Dividenden-Ausschüttungen, weil er auch Aktionär der Nationalbank ist, wie alle anderen von euch es auch sein könnten. Der grösste Aktionär ist nämlich ein Privataktionär. Das hat man vielleicht gar nicht gewusst. Es ist relativ erstaunlich, dass die Zentralbank zu einem grossen Teil eigentlich einer privaten Person gehört. Aber weil die Stimmrechtsbegrenzung auf 100 Stück eingeführt wurde, besteht keine Gefahr, dass eine Aushöhlung oder ein Substanzverlust vonstattengehen könnte. Wir haben von der FDP noch den offenen Vorstoss, der uns aufgefordert hat, diese Initiative zu unterstützen. Warum beschliessen wir es vorher, vor dem Vorstoss? Das hat eigentlich zwei Gründe. Wie ich schon gesagt habe, ist die Antwort parat. Es würde keinen Sinn machen, das Geschäft noch ein halbes Jahr hinauszuzögern. Der Vorstoss würde in die Reihenfolge der Geschäftsliste gehen. Er würde relativ spät oder vielleicht zu spät behandelt, wenn man die 18 Monate noch einhalten möchte. Das letzte Argument: Natürlich ist eine Ausschüttung, wenn sie über die Köpfe erfolgt, nicht an eine Last oder an eine Finanzkraft gebunden. Aber das ist genau die Stärke dieses Instruments, dass kleine Gemeinden weniger bekommen und grosse, die grosse Lasten haben, etwas mehr. Was sie letztlich mit diesen Mitteln machen, ist ihnen auch freigestellt. Übrigens, wenn es den Gemeinden möglich wäre, die Steuern zu senken mit diesen Gewinnausschüttungen, dann könnte es der Kanton ja heute schon selber machen. Merci.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Thomas, danke, dass du uns mit deinen verschiedenen Hüten oder verschiedenen Brillen hier schon ausgiebig informiert hast. Als ehemaliger Mitarbeiter der Nationalbank weisst du bestens Bescheid. Ich bin auch jemand mit verschiedenen Hüten, meistens so Bérêts. Ich denke, auch noch wichtig ist vielleicht deine Perspektive als VSEG-Vizepräsident. Die Fraktion SP/JSP hat das Geschäft ausgiebig diskutiert und sieht verschiedene Aspekte dieser Vorlage. Ich spreche für eine Mehrheit, die die Mitunterzeichnung ablehnt. Eine Minderheit der Fraktion steht der Mitunterzeichnung positiv gegenüber und wird sich anschliessend auch noch äussern. Die Initiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder» klingt erstmal wirklich super verlockend, weil sie drei wichtige Bereiche anspricht. Erstens, unsere gebundenen Ausgaben steigen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich, wie es Thomas auch aufgezeigt hat. Aber auch in der Bildung, wo viele Rahmenbedingungen kantonal gesetzt werden, dann aber ins kommunale Leistungsfeld fallen. Das schränkt unseren Handlungsspielraum ein. Wir diskutieren im Budget jedes Jahr wieder tagelang, dass wir de facto einen immer kleiner werdenden verfügbaren Teil überhaupt beeinflussen können. Das ist mühsam. Wir hätten gerne mehr Handlungsspielraum. Zweitens: Viele Gemeinden stehen unter finanziellem Druck, das stimmt. Einige haben gerade erst die Steuern erhöht, andere stimmen darüber ab. Das macht niemand gerne. Es ist auch nicht sehr populär, wie wir hier auch schon gelernt haben. Der aktuelle Überblick über alle 104 Solothurner Gemeinden zeigt, dass sie dieses Jahr mit einem budgetierten Defizit von kumuliert rund CHF 68 Mio. abschliessen. Auch Olten gehört dazu mit einem budgetierten Defizit von über CHF 8 Mio. Das gibt eine angespannte Lage. Der Kanton, darüber reden wir ja auch, budgetiert ein Defizit von CHF 100 Mio. im gleichen Jahr. Ausserdem müssen wir in diesem Zusammenhang rückblickend ehrlicherweise auch sagen, dass wir in den letzten Jahren immer sehr hohe Defizite budgetiert und dann fast immer mit einem hohen Überschuss abgeschlossen haben. Die letzte abgeschlossene Rechnungsperiode mit einer Differenz von CHF 9 Mio. vom Budget zur Rechnung. Im positiven Sinn, zum Glück. Bevor wir also die Gelder von der übergeordneten Ebene umverteilen wollen, sollten wir uns schon ehrlich die

Frage stellen, ob wir sie denn dringender brauchen als die übergeordnete Ebene. Drittens, die Nationalbankgelder wecken Begehrlichkeiten. Gold ist in aller Munde. Es gibt auch die Brille mit dem Dollarzeichen. Das ist verständlich, aber es ist kein neues Geld. Es gibt nicht mehr Geld im System, sondern es ist bestenfalls eine Umverteilung, ein Seilziehen zwischen öffentlicher Hand und öffentlicher Hand. Und wenn zwei hungern und sich um einen Kuchen streiten, dann wird der Kuchen einfach nicht grösser, wenn sie sich darum zanken. Und im dümmsten Fall zerbröseln wir sogar noch einen Drittel, wenn wir die Sache aus den Augen verlieren. Warum ist jetzt also eine Mehrheit der Fraktionen gegen die Unterzeichnung der Initiative? Einerseits handeln wir mit dieser Initiative eigentlich nach dem Giesskannenprinzip, anstatt nach Leistung und Wirkung. Und gerade Olten, das müssen wir uns schon bewusst sein, verliert damit ein sehr starkes Argument als Zentrumsgemeinde und Empfängerin von Zahlungen aus dem Lasten- und Finanzausgleich. Der Initiativtext verlangt, wie es Thomas gesagt hat, eine Verteilung nach Massgabe der Bevölkerungszahl, also pro Kopf. Das klingt einfach, ist aber aus Oltners Sicht heikel. Unsere Zentrumslasten hängen nicht linear an einer Einwohnerzahl. Wir tragen Lasten für ein Einzugsgebiet, Badi, Stadttheater, Sozialdienst, eine Kulturhochburg, ein Begegnungszentrum und Ausgangs-, vielleicht nicht gerade, -Mekka. Und wenn wir als Zentrumsgemeinde wirklich mehr Abgeltung wollen, dann ist der Finanz- und Lastenausgleich das geeignete Instrument. Nicht eine starre, pauschale und sehr volatile pro Kopf-Umverteilung von Nationalbankgeldern. Wer Zentrumslasten ernsthaft abgelden will, muss genau dort ansetzen. Zielgerichtet, leistungsbezogen und nachvollziehbar. Wir wollen ja eine Stadt sein, die den Einwohnenden und den umliegenden Gemeinden etwas bietet. Das kostet. Und dort ist eine Beteiligung dann nur richtig. Und wir halten es für ein falsches föderalistisches Signal. Aufgaben entflechten und fair finanzieren, das wäre richtig. Nicht Topf gegen Topf ausspielen. Und die Initiative wird begründet mit Lastenverschiebungen vom Kanton zur Gemeinde. Ja, es gibt Bereiche, in welchen Gemeinden stärker belastet werden. Vor allem durch das Wachstum dieser Ausgaben. Aber die Lastenverschiebungsbilanz, die vom Amt für Gemeinden vor nicht allzu langer Zeit erstellt wurde, zeigt ein etwas differenzierteres Bild, um nicht zu sagen, ein ganz anders. Die Verschiebungen sind nämlich nicht einseitig. Die Kosten steigen insgesamt auf allen Ebenen. Aber ohne technisch ins Detail gehen zu wollen, der Bericht zur Lastenverschiebung hält fest, dass der Saldo der Verschiebungen zwischen Kanton und Gemeinde insgesamt über die letzten Jahre ziemlich deutlich zugunsten der Einwohnergemeinden ausfällt. Und wenn wir heute sagen, der Kanton soll die Hälfte seiner Ausschüttungen abgeben, dann lösen wir nicht das Problem der Aufgabenteilung, wir verschieben es nur. Wir kennen das Spiel, wir haben es gerade erst ausgiebig diskutiert. Aufgaben werden zwischen Kanton und Gemeinde, oder derzeit auch beim Bund, verschoben, je nach Finanzlage und politischer Mehrheit. Mal übernimmt der Kanton mehr, mal übernehmen die Gemeinden mehr. Wir haben auch heute Morgen im Kantonsrat darüber gesprochen. Und je nach Thema, auch dort, am liebsten niemand. Das Problem wird dadurch nicht gelöst, es wird einfach verlagert. Und genau dieses Muster machen wir jetzt mit finanziellen Mitteln. Wir ziehen es hin und her. Im Fall einer Annahme der Initiative ist folgendes absehbar: Eine weitere Schwächung der Kantonsfinanzen erhöht den Spardruck und zusätzliche Sparprogramme werden wahrscheinlich. Die Erfahrung zeigt, diese landen am Schluss oft wieder bei den Gemeinden, gerade bei Zentrumsgemeinden, welche Leistungen im Service Public und im sozialen Bereich auffangen müssen. Wer heute Abend also «Ja» stimmt, hat in drei Punkten recht. 1. Gemeinden brauchen mehr finanzielle Autonomie. 2. Zentrumslasten müssen ernsthafter abgegolten werden. 3. Föderalismus heisst auch, lokal differenziert priorisieren zu können. Wir sagen aber, der Weg ist falsch. Wenn wir als Olten unterschreiben, dann unterstützen wir hier ein Konstrukt, das pro Kopf verteilt, volatil ist und den Kanton strukturell schwächt. Darum beantragt eine Mehrheit der Fraktion SP/JSP die Initiative nicht mitzuunterzeichnen. Danke.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Gerne nehme ich für die Fraktion GO/JGO Stellung, die Gemeindeautonomie-Initiative vom VSEG mitzuunterstützen. Im Kanton Solothurn sind die Gemeinden stark. Das könnte man zumindest meinen, wenn man die Breite der kommunalen Leistungsfelder anschaut. Während beispielsweise im Kanton Aargau der Kanton vollständig selber die Löhne der Volksschullehrpersonen zahlt, werden bei uns nur 35% vom Kanton übernommen. Ganz zu schweigen von den ganzen gebundenen Ausgaben im Sozial- und

Gesundheitsbereich, bei welchen man als Gemeinde wenig Spielraum hat und welche bekannterweise in den nächsten Jahren nur noch mehr steigen werden. Es liegt also auf der Hand, dass die Gemeinden und insbesondere die Stadt Olten von den Nationalbank-Millionen profitieren könnten, auch wenn sie sehr volatil sind. Und auch das kritische Giesskannen-Argument zieht nur so halb, weil die grössten Gemeinden, vor allem Solothurn und Olten, eben auch die grössten Aufwendungen haben. Aus unserer Sicht gibt es aber auch einige negative Punkte zu dieser Initiative in einer Gesamtbetrachtung. Einerseits, Luc hat es zuvor angetönt, lösen wir damit das strukturelle Problem der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht. Und vor allem auch nicht die Tendenz des Kantons, zumindest im Moment fühlt es sich so an, ich lese diesen Bericht gerne auch noch, die Aufgaben im Rahmen des vermeintlichen Sparprogramms einfach eine föderale Stufe runterzudelegieren. Im Gegenteil. Fehlen dem Kanton die Nationalbankgelder, könnte er eben vermehrt versucht sein, diverse Aufgaben abzuschieben. Konsequenter wäre eine fundierte Überprüfung und Entflechtung der Leistungsfelder auf kantonaler und kommunaler Ebene. Und ich spreche bewusst von einer Überprüfung und nicht von einer Kürzung. Dabei käme vielleicht auch heraus, dass man einen Teil der SNB-Gelder lieber in den kantonalen Lastenausgleich stecken würde, dann müsste die Stadt Olten dort auch weniger abdrücken. Zudem haben wir grundsätzliche Bedenken gegenüber dem vermeintlichen Nationalbankgeld-Segen Obwohl seit Jahren der öffentliche Druck zunimmt, investiert die SNB nach wie vor Milliardenbeträge in zweifelhafte Portfolios. Sei das die fossile Industrie oder andere Rohstoffsektoren ohne klare Menschen- und Umweltrechtstandards. Da sind klare Verbesserungen auf nationaler Ebene erforderlich, und es wäre aus grüner Sicht erstrebenswert, wenn sich alle Parteien entsprechend dafür einsetzen würden. Ich fasse zusammen: Die Fraktion GO/JGO kann aus Perspektive der Stadt Olten nachvollziehen, wieso man die Initiative unterstützen sollte. Ganz wichtig ist aber zu betonen, dass die SNB-Gelder extrem volatil sind und eben darum nicht in die ordentliche Budgetierung aufgenommen oder für allfällige Steuersenkungen als Argument verwendet werden sollen. Der Stadtrat tönt es in seinem Bericht und Antrag bereits so an, und Thomas hat es auch schon gesagt. Die Gelder, wenn sie denn kommen, sind aus unserer Sicht nur zur Schuldentilgung oder für Entwicklungsinvestitionen zu brauchen, aber nicht für werterhaltende Investitionen. Und eben, die erwartbaren Schwankungen der SNB-Gelder liegen schliesslich im Rahmen der normalen Steuerertragsvolatilität. Schlussendlich geht es beim heutigen Beschluss aber in erster Linie darum, die Initiative überhaupt erst zustande zu bringen, respektive die Position der Stadt dazu publik zu machen. Weitere Details und Argumente werden im Verlauf des Abstimmungskampfes auftauchen, die möglicherweise eine Neu-einschätzung verlangen. In diesem Sinne werden wir uneinheitlich abstimmen. Danke.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Thomas hat es erwähnt: Die FDP-Fraktion hat bereits im November einen Vorstoss zu diesem Thema eingereicht. Aber es ist uns absolut recht, dass der Stadtrat das Geschäft bereits thematisiert hat. Für uns ist einfach wichtig, dass man eine solche Chance packt. Wie Thomas am Anfang auch schon gesagt hat, haben wir steigende Kosten in gewissen Leistungsfeldern, und das jährlich. Die Gemeinden können sich zwar dagegen wehren, aber auch wenn man sich wehrt, ist der Erfolg leider relativ gering, da viele Ausgaben gebunden sind. Zudem werden auch gewisse Aufgabenbereiche durch den Kanton an die Gemeinden übergeben. Meistens sind das nicht gerade die lukrativsten, bei welchen die Gemeinden noch Einnahmen generieren können, sondern eher die kostspieligen. Jetzt stehen Initiativen im Raum betreffend Verteilung der Nationalbankgelder. Wir von der FDP sind der Meinung, dass man diese Initiativen zwingend unterstützen sollte. Es wäre ein starkes Zeichen, wenn die einwohnermässig grösste Stadt des Kantons dieser zustimmen würde. Wie wir lesen konnten, braucht es dafür zehn Gemeinden. Gewisse Gemeinden haben bereits im Dezember an der Gemeindeversammlung diesem Geschäft zugestimmt. Wie aus den Unterlagen ersichtlich ist, darf man nicht jährlich mit Gewinnausschüttungen rechnen, auch wenn das Volk die Abstimmung annimmt. Aus diesem Grund sind wir auch ganz klar der Meinung, dass solche Beträge nicht budgetiert werden dürfen. Denn dies kann das ganze Budget verfälschen und wir rechnen mit Einnahmen, die überhaupt nicht sicher sind. Es ist uns klar, dass es auch bei den Steuern immer Unternehmen oder Private gibt, die schwer zu budgetieren sind. Vielleicht gibt es manchmal auch aus diesem Grund bei der Rechnung im Vergleich zum Budget gewisse Abweichungen. Wir glauben nicht, dass der Kanton, sofern die

Gemeinde von diesen Geldern etwas bekommen würde, mehr Leistungsfelder aufgrund einer Retourkutsche an die Gemeinden abschieben würde. Mit grosser Wahrscheinlichkeit gibt es solche Verschiebungen immer wieder (ich glaube, das sehen wir fast jährlich), auch wenn wir auf dieses Geld verzichten würden. Wir glauben nicht, dass der Kanton sagt, die Gemeinden hätten jetzt gesagt: «Nein, wir wollen es nicht», nun geben wir ihnen nichts mehr. Wir finden auch gut, dass man die Umsetzung der Geldverteilung nicht über einen Lastenausgleich nimmt, sondern via Einwohnerzahl. Klar, es ist uns auch bewusst, dass Gemeinden, die es nicht notwendig hätten, davon profitieren würden. Aber alle Kantone, auch die, die es nicht notwendig haben, bekommen dieses Geld vom Bund. Wir können im Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank im Artikel 31 Absatz 3 lesen: «Der den Kantonen zufallende Anteil wird unter Berücksichtigung ihrer Wohnbevölkerung verteilt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten nach Anhörung der Kantone.» Vielleicht noch rasch ein Wort zu den Steuern. Wir können schlussendlich keiner Gemeinde sagen, was mit diesem Geld gemacht werden soll. Es mag gut sein, dass dann gewisse, welche sonst schon ganz gut dastehen, die Steuern senken können. Wir haben im Niederamt Gemeinden, die ganz gute Steuerfüsse haben, die bestimmt auch dort profitieren könnten. Aber wenn man die Zeitung ein wenig liest, wird das Leben nicht günstiger und somit auch die fixen Ausgaben einer Gemeinde nicht. Wichtig, neben dem Steuerfuss, ist sicher auch der Selbstfinanzierungsgrad. Wir erhoffen uns, dass, wenn das Geld fliessen würde, der Selbstfinanzierungsgrad erhöht wird. Also, dass das zusätzliche Geld nicht einfach für laufende Ausgaben gebraucht wird, sondern dass die Stadt für Investitionen weniger Geld von den Banken aufnehmen müsste. Sehr wichtig ist auch, dass man von dieser Einnahme nicht abhängig ist. Darum, wie bereits im Votum vorausgesagt, sollte der Betrag keinesfalls budgetiert werden. Das kann das ganze Budget verfälschen und Interesse wecken, um, wie bereits erwähnt, mehr Geld für einen laufenden Betrieb auszugeben. Man darf also die Ausgaben nicht auf einem solchen Betrag abstützen. Ganz klar würde das Geld keinen Spardruck wegnehmen. Weiterhin müssten wir schauen, wo man bei den Ausgaben Einsparungen vornehmen kann. Zusammenfassend noch ein paar Punkte: Da der STAF-Ausgleich wegfällt, können Gemeinden das Geld sehr gut brauchen. Ersichtlich ist, dass allen Gemeinden, auch den finanzstarken, der Atem langsam ausgehen wird. Die Initiative ist keine neue Belastung für die Wirtschaft oder für die Steuerzahlenden von Olten. Es geht um eine klare und faire Verwendung des Gewinns der Schweizer Nationalbankgelder. Es soll nicht sein, dass Leistungsfelder an Gemeinden abgestossen werden, der Kanton aber mit Zweidritteln des Gewinns profitiert. Die Stadt Olten leistet sehr viel und trägt auch viel Verantwortung. Darum sollten wir unbedingt die Initiative unterstützen und dann, auch wenn es vor das Volk kommt, für das Geschäft und für Olten eintreten. Unsere Fraktion wird diesem Geschäft heute Abend einstimmig zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Grundsätzlich macht es Sinn, dass Gelder direkt zur Bevölkerung gehen, darum müsste man grundsätzlich mit einem «Ja» dafür stimmen. Gemäss Antwort des Stadtrats heisst es, die zusätzlichen Mittel sind willkommen, vermögen aber kein finanzpolitisches Umdenken auszulösen. Entsprechend haben wir wenig Hoffnung, dass durch diese Initiative eine Besserung unserer Finanzen erreicht würde. Die Politisierung von Millionen, ob im Budget eingerechnet oder nicht, wird stets stattfinden. Die einen sagen: Da fehlen noch Millionen. Die anderen sagen: Achtung. Es wird zitiert, auch aus der Antwort des Stadtrats. Gemeinden dürfen sich aufgrund der Volatilität der Auszahlung bei ihrem Budget nicht auf diese Einnahmenquellen verlassen. Wenn sie zu stark mit den Mitteln rechnen, begeben sie sich in eine Abhängigkeit und müssten bei Ausfall des Geldstroms mit Defiziten rechnen oder ihre Leistungen zurückfahren. Die Hypothese des Stadtrats: Im 2016 hätte die Stadt Olten CHF 700'000 bekommen, im 2021 über CHF 4 Mio. Es ist eine riesige Differenz. Sofern die SNB-Millionen nicht budgetiert werden, könnte die SVP grundsätzlich zustimmen. Das wäre ein unvorhergesehener Zuschuss zum Schuldenabbau. Sollte das aber nicht der Fall sein (und die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass dies der Fall ist), ist die Fraktion gegen die Initiative. Danke.

Manfred Schoger, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Wir können uns mit der SP und den Grünen in eine Reihe setzen. Unsere Fraktion ist überhaupt nicht einer Meinung und wir werden nicht geschlossen auftreten. Wir haben einen Bruch, der nicht nur durch die Fraktionen, sondern

auch durch die Parteien geht. Ich nehme es vorweg. Wir werden hälftig zustimmen und hälftig ablehnen. Viele Punkte von dem, was wir bis jetzt gehört haben, wurden auch in unserer Fraktion besprochen. Wir haben viele Argumente gehört zur Aufgabenteilung und Kostenumwälzung und haben dies alles besprochen. Aus diesem Grund möchte ich nur noch die wichtigsten Punkte aus unserer Sicht vorbringen. Befürworter sehen insbesondere den Fokus, dass Gemeinden zusätzliche Gelder, die durch die Verteilung der Nationalbankgelder zur Verfügung stünden oder stehen sollten, dringend gebraucht werden. Sie sagen, dass immer mehr Leistungen vom Kanton an die Gemeinden überwältzt werden, ohne dass die Gemeinden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Durch die Initiative, sagen sie, würde diesem Punkt entgegengewirkt werden. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit immer mehr Gemeinden in eine schwierige finanzielle Situation geraten und dass dies so nicht nachhaltig ist. Der Verteiler, dass das Geld nach Einwohnerzahl verteilt werden soll, sehen sie als transparent und nachvollziehbar und können gut dahinterstehen. So sehen sie eine faire Verteilung der Gelder auf allen drei Staatsebenen, sodass ein Drittel beim Bund bleibt, ein Drittel zum Kanton geht und ein Drittel den Gemeinden zukommt. Ein unmittelbares Risiko einer Abwälzung von weiteren Leistungen vom Kanton an die Gemeinden, so wie wir das auch vorher schon gehört haben, von gewissen Parteien, die dagegen stimmen werden, sehen sie nicht. Auch sie sagen, dass eine gewisse Aufgabenentflechtung auf Kantonsebene eigentlich gemacht ist. Aber genau das ist das Argument, das die Gegner viel fester gewichten als die Befürworter. Auch die Gegner wünschen sich eigentlich zusätzliches Geld für Olten. Aber sie heben hervor, dass es sich nicht um neues Geld handelt, sondern dass dieses Geld von irgendwo weggenommen wird, wo bereits ein strukturelles Defizit besteht. Wir wissen, was passiert, wenn im Kanton Geld fehlt. Man versucht, das Geld einzusparen und eine mögliche Einsparung ist, dass man Leistungen, wofür man zahlen müsste, wieder an die Gemeinden abwälzt. Wenn das nicht käme, gibt es eine andere Möglichkeit, die Einnahmen zu erhöhen und das könnte man zum Beispiel mit zusätzlichen Steuern machen. Und auch wenn das nicht unmittelbar absehbar ist, dann ist das doch etwas, was mittelfristig passieren könnte. Das Argument, das sich bei den Gegnern sehr fest verfangen hat, ist die Angst, dass das Geld mittel-, langfristig, auch wenn man jetzt andere Dinge gehört hat, falsche Begehrlichkeiten wecken könnte und im schlimmsten Fall doch in die laufenden Kosten hineinfliesst, auch wenn man jetzt sagt, es dürfte nicht budgetiert werden. Und den Lastenausgleich, wovon wir zuvor vom Sprecher der SP gehört haben, sehen wir Gegner eigentlich als ein richtiges Medium. So hat man im Oltnen Tagblatt gelesen, dass die Sogeko des Kantons den Lastenausgleich eigentlich vorübergehend verändern möchten und die Städte damit entlasten will. Der Grund hier ist, dass die Städte momentan grössere Kosten haben, gerade auch bei den Sozialkosten mit dem ganzen Crack-Konsum, der nicht zu verneinen ist und jetzt ein sehr grosser Treiber dieser Kosten ist. Das historische Argument, dass die Gewinnverteilung eigentlich dem Kanton zusteht, wurde so nicht weiterverfolgt. Wie ich gesagt habe, ist sich unsere Fraktion nicht einig. Die eine Hälfte wird dafür sein, die andere Hälfte wird dagegen sein. Gleicher Meinung sind wir jedoch bei der Tatsache, dass diese Gelder auf keinen Fall budgetiert werden dürfen, wegen der grossen Volatilität. Eine Idee, die wir hatten, ist nicht, dass man die Schulden damit zurückzahlen könnte, sondern dass man eventuell einen Fonds schafft, worin das Geld einbezahlt wird, sodass man die Volatilität dementsprechend ausbremsen könnte.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Wir bedanken uns beim Stadtrat für den Bericht und Antrag. Uns überzeugen die Argumente, die Stadtrat für sein Anliegen ins Feld führt. Die wichtigsten Punkte sind mehrfach erwähnt worden. Ich erläutere ganz kurz, warum uns diese auch wichtig sind und uns einleuchten. Das Erste ist natürlich die Finanzautonomie der Gemeinden, die für den funktionierenden Föderalismus ganz wichtig ist. Von dem her sehen wir nicht, warum der Kanton alleine über diese Mittel verfügen sollte. Es wurde erwähnt, dass die Gemeinden mehr Aufgaben von den Kantonen erhalten, welche auch mehr Aufwand und Kosten verursachen. Das alles wurde schon erwähnt. Ein wichtiges Argument, das für uns wichtig ist und uns nicht einleuchtet, warum der Kanton alleine über die Ausschüttung verfügen sollte und warum das Sinn macht. Es gab sehr viele Gegenargumente in verschiedenen Voten, aber all die Argumente, die gegen eine Beteiligung der Gemeinden an der Ausschüttung sprechen, gelten exakt auch gegen eine Ausschüttung an den Kanton. Denn die Ausschüttungen der SNB sind

ungebunden und sie sind volatil. Und eigentlich ist es überhaupt nicht die Aufgabe der SNB den Kantonen oder Gemeinden unter die Armen zu greifen. Wer jetzt argumentiert, dass es nicht der richtige Weg ist, dass die Gelder an die Gemeinden fliessen, sollte konsequenterweise dagegen sein, dass die Gelder überhaupt an die Kantone fliessen. Für uns ist das kein nachvollziehbares Argument. Es wurde schon gesagt, dass die Einnahmen sehr volatil sind und dass es sehr gefährlich und so weiter sei, wenn man darauf angewiesen ist. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass die Steuereinnahmen von juristischen Personen ähnlich volatil sind und ich glaube nicht, dass irgendjemand von uns deswegen meint, wir sollten auf diese Einnahmen verzichten. Wie die Gemeinde ihre Hausaufgaben macht und ihr Budget macht und wie sie mit dieser Volatilität klarkommt, ist eigentlich Sache der Gemeinde. Wir gehen auch davon aus, dass die Stadt Olten in ihrem Budget nicht davon ausginge, dass sie Gelder von der SNB erhält. Das ist ja sehr logisch. Wir werden den Antrag des Stadtrats geschlossen unterstützen und danken dem Stadtrat für diesen Antrag. Vielen Dank.

Stephan Bielser (SP): Eine Minderheit der Fraktion SP/JSP unterstützt die Gemeindeinitiative und den Antrag des Stadtrats für eine faire Verteilung der Nationalbankgelder. Dies aus folgenden Gründen: In den letzten Jahren ist die finanzielle Last für die Gemeinden stark gestiegen. Wir haben es gehört. Dies erkennt man gut anhand der Beschlüsse und Diskussionen vom Kanton und den Gemeinden, zum Beispiel in der letzten Budgetdebatte. In der letzten Budgetdebatte hier im Gemeinderatssaal in Olten ist klar geworden, dass hohe Mehrkosten für Bildung, Gesundheit, AHV-Ergänzungsleistungen und vieles mehr anstehen. Seitens des Kantons ist ein hohes negatives Budgetdefizit ausgewiesen worden. Mit einigen Weiterreichungen von Verantwortlichkeiten und Kosten an die Gemeinden, zum Beispiel im Bereich Alter, Pflege und Soziales. Es geht also nicht darum, Gemeinden und Kantone gegeneinander auszuspielen. Denn letztlich sollten beide am gleichen Strick ziehen, um mit öffentlichen Geldern ein prosperierendes Gemeinwohl zu gestalten. Aber natürlich sehen wir auch die Gefahr, dass die Initiative bewirkt, dass gewisse, zum Beispiel wohlhabende Gemeinden, die Steuern mit diesem Geld senken oder der Kanton noch mehr Leistungen an die Gemeinden überträgt. Diese Gefahr besteht. Doch gerade für unsere Stadt Olten ist die Initiative wichtig und richtig. Denn wir sind als Stadt der wichtigste Wirtschaftsstandort im Kanton. Bereits heute. Und trotz grossem Defizit in unserem Budget, welches auch aufgrund der Zentrumslast, die wir haben (z.B. öffentlicher Verkehr, Sicherheit, Infrastruktur etc.) entsteht, zählen wir zu den grössten Nettobeitragszahlern in den kantonalen Finanzausgleich. Daher sieht es eine Minderheit der Fraktion SP/JSP als gerechtfertigte an, die Initiative für eine faire Verteilung der Nationalbankgelder zu unterstützen und die Gemeinde Olten finanziell stärken, vor allem für Investitionen in eine zukunftsorientierte Infrastruktur. Danke.

Simon Bloch (FDP): Die Ausgangslage ist spätestens seit der letzten Budgetsitzung bekannt. Die Stadt Olten steuert auf ein Defizit von über CHF 8 Mio. zu. Gleichzeitig wissen wir, dass die finanziellen Spielräume der Gemeinden seit Jahren kleiner werden und dass die Aufgaben stetig zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist die Gemeindeinitiative zur fairen Verteilung der Nationalbankgelder nicht nur verständlich, sondern folgerichtig und verantwortungsvoll. Das OT hat in einem Bericht vom 12. Januar offengelegt, was die Initiative für Olten konkret bedeutet hätte. In den letzten Jahren wären rund CHF 17.5 Mio. zusätzlich nach Olten geflossen. Im Jahr 2021 sogar über CHF 4 Mio. Diese Gelder hätten unsere Rechnung spürbar entlastet. Diese Gelder bedeuten auch keinen finanzpolitischen Freipass. Sie hätten sich in dem Rahmen der Schwankungen bewegt, welchen wir ohnehin kennen. Zum Beispiel bei den Schwankungen von grossen Steuerzahlern. Die Initiative ist auch kein Angriff auf den Kanton, sondern ein klares Bekenntnis zum Föderalismus. Es ist die Realität, dass die Gemeinden immer mehr Aufgaben übernehmen: Im Sozialbereich, in der Pflege, in der Bildung usw. Gleichzeitig wächst der Anteil der gebundenen Ausgaben und der politische Handlungsspielraum der Gemeinden schrumpft. Wenn wir wollen, dass die Gemeinden Verantwortung tragen, dann müssen wir ihnen auch die finanziellen Mittel dafür geben. Oder anders gesagt, wer bestellt, soll auch zahlen können. Wenn wir uns immer wieder über die wachsende Aufgabenlast beklagen, die uns vom Kanton überbunden wird, dann muss man diese Initiativen unterstützen. Das Argument, dass Zentrumslasten über den Finanzausgleich ausgeglichen werden sollen und nicht mit dieser Initiative, zieht nicht. Genau dafür haben wir

den Finanzausgleich und dieser wird mit der Zustimmung zu dieser Initiative natürlich nicht abgeschafft. Am Ende des Tages muss man festhalten, dass die Initiative finanzpolitisch vernünftig ist. Sie ist föderalistisch konsequent und administrativ einfach und unbürokratisch umsetzbar. Zusammengefasst ist sie für uns Oltnen klar im Interesse der Stadt. Sie sorgt dafür, dass die Mittel dort ankommen, wo die Aufgaben tatsächlich erfüllt werden. Darum unterstütze ich diese Gemeindeinitiative ausdrücklich und mache beliebt, dass Sie das ebenfalls tun. Besten Dank.

Darryl Fiechter (Mitte): Wie wir heute schon gehört haben, sorgt die Ausschüttung der SNB-Gelder auch bei uns in Olten für Diskussionen und wird in der Zukunftsperspektive betrachtet für immer mehr und immer längere sorgen. Wer wettet mit mir? Angebote dagegen willkommen. Plötzlich hat jeder eine Idee, wie man das Geld am besten ausgibt. Jeder hat ein Projekt in der Hand, jeder hat einen Wunschzettel. Klar, auch wir könnten das Geld gut brauchen. Sehr gut sogar. Und ja, wir würden es auch dankbar annehmen. Aber genau da ist das Problem. Sobald man aufs Geld spekuliert, fangen wir an, darauf zu bauen, darauf zu planen, darauf zu hoffen und dann sind wir abhängig. Ich bin klar gegen die Politisierung von SNB-Geldern. Die haben auf Gemeindeebene gar nichts zu suchen. Es ist sogar fahrlässig, eine solche Initiative zu unterstützen. Warum? Weil sie Begehrlichkeiten erweckt. Weil sie mehr Forderungen produziert. Weil sie uns noch jahrelang mit endlosen Diskussionen beschäftigen wird. Diskussionen um die Steuern gehen in die nächste Runde. Prost zusammen. Die Nationalbank ist kein Sparkasseli, kein Selbstbedienungsladen, kein Wahlkampffonds. Sie ist eine der wichtigsten Institutionen in diesem Land. Vielleicht sogar wichtiger als unser Bundesrat. Und diese sollten wir schützen, nicht belasten. Je mehr Profiteure, desto mehr Druck. Je mehr Druck, desto weniger Unabhängigkeit. Und das wird brandgefährlich. Nochmal ein Player, der ins Horn bläst. Die Gewinne sind volatil. Mal riesig, mal klein, mal gibt es Verluste. Das weiss jeder, der sich damit auseinandersetzt. Aber die Gemeinden brauchen Sicherheit, Planbarkeit und Stabilität. Mit Lotteriegeld kannst du keine seriöse Politik machen. Im Vergleich zum Kanton machen diese Gelder in den Gemeinden prozentual mehr aus. Und wenn man mehr Geld bekommt, wird nicht besser gespart und sorgfältiger mit dem Geld umgegangen. Nein, es wird lockerer umgegangen und es wird mehr ausgegeben. Weil: Man hat es ja. Gleichzeitig braucht die SNB Reserven für Krisen, für Währungsinstabilitäten, für volatile Zeiten. Und genau in solchen Zeiten leben wir aktuell. Wer heute Reserven abbaut, zahlt morgen den Preis. Ich persönlich bin schon heute gegenüber Ausschüttungen an Bund und Kantone kritisch eingestellt. Das Ganze noch auf die Gemeinden auszuweiten ist in meinen Augen verantwortungslos. Wir haben heute die Chance, ein klares Signal zu schicken. Nicht: Wir wollen mehr Geld. Sondern: Wir wollen mehr Stabilität. Und nicht: Wir greifen noch in den Topf. Stattdessen schützen wir das System. Mit einer Ablehnung sagen wir: Wir setzen auf Vernunft, auf Langfristigkeit und auf Verantwortung. Auch wenn es verlockend ist, auch wenn wir das Geld gut brauchen könnten. Gerade dann müssen wir stark bleiben. Bleiben wir weise und treffen die richtige Entscheidung mit einer Signalwirkung. Danke für die Ablehnung.

Christian Huber (FDP): Die Haltung der FDP kennt ihr bereits. Ich möchte gerne Darryl antworten. Merci für das engagierte Votum. Ich finde es spannend. Bei aller Liebe für die Gemeinden im Kanton Solothurn, ich glaube nicht, dass wir bei der Nationalbank in Bern so viel Gehör haben, dass es irgendwelchen Druck aufsetzen würde, dass hier eine Mehrbelastung daraus resultieren würde. Das sehe ich beim besten Willen nicht. Es geht nicht mehr Geld weg von einer Nationalbank, sondern vom Kanton. Es wird auf mehr Körperschaften verteilt. Das ist ein finanzpolitisch gescheiter Entscheid und nicht in die andere Richtung. Das war nun etwas gar schwarzmalersch, aus meiner Sicht. Merci.

Stadtrat Thomas Fürst: Ich nehme es vorweg: Ich sehe mich keiner «Hutproblematik» ausgesetzt, stattdessen ich finde das Anliegen dieser Initiative schlicht nachvollziehbar. Richtig ist aber sicher auch die grundsätzliche Feststellung, dass, egal wie die Nationalbankgelder verteilt werden, diese damit nicht mehr oder weniger werden. Egal wie sich das Volk schlussendlich entscheiden wird, werden damit direkt keine Probleme gelöst und auch keine Herausforderung gemeistert. Grundsätzlich scheint es kaum stichhaltige Argumente dafür zu geben, wer den am meisten berechtigten Anspruch auf diese Gelder haben könnte. Eine

gleichmässige Verteilung auf die drei Staatsebenen ist genau aus diesem Grund meines Erachtens nachvollziehbar. Zu den Ausführungen, die gemacht wurden, bezüglich des Lastenausgleichs: Grundsätzlich hat diese Frage, mit der wir uns auseinandersetzen, nichts mit dem Lastenausgleich zu tun und das ist auch richtig so. Eine indirekte Einführung eines zweiten Lastenausgleichs würde diesen intransparent und im schlimmsten Fall eben auch ineffizient machen. Man hat dieses System aus einem bestimmten Grund, und auf verschiedenen Ebenen Lasten ausgleichen zu wollen, macht die Sache nicht übersichtlicher. Eine Verteilung nach Bevölkerung ist klar das nachvollziehbarste Kriterium und setzt keine allenfalls ungewünschten Anreize. Der Stadtpräsident hat es schon richtig gesagt, es wird entsprechend auch zwischen den Kantonen so gehandhabt. Auch dort wird die Bevölkerungszahl als Kriterium hingezogen, was am nachvollziehbarsten erscheint. Zum Verhältnis der Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Staatsebenen, insbesondere zwischen dem Kanton und den Gemeinden: Auch damit hat die vorliegende Frage grundsätzlich nichts zu tun. Selbstverständlich ist denkbar, dass es das ein oder andere Mal als Argument wird vorgebracht werden können. Aber wer denkt, dass die Diskussion bei einer Ablehnung dieser Initiative in Zukunft weniger stark stattfinden wird und niemand mehr versuchen wird, Aufgaben zwischen den Kantonen und den Gemeinden hin und her zu schieben, der dürfte sich doch gewaltig irren. Das einzig sachliche Argument wird interessanterweise von beiden Seiten vorgebracht. Nämlich, die allfälligen faktischen Schwierigkeiten im Umgang mit solchen volatilen Zahlungen, wie es vorher zum Beispiel auch Darryl Fiechter berechtigterweise ausgeführt hat. Aber diese Problematik besteht umso mehr, je grösser diese Zahlungen sind, was aus Sicht des Stadtrats eben für eine breitere Verteilung spricht. Man ist viel weniger versucht, mit einem unsicheren Geldsegen zu rechnen, je weniger dieser ins Gewicht fällt. Entsprechend, ich habe es nicht verifiziert, aber nach einer Plausibilisierung innerhalb von zwei Minuten würde ich dem widersprechen, was du behauptet hast, Darryl. Prozentual würden diese Zahlungen bei den Gemeinden nicht stärker ins Gewicht fallen als sie es beim Kanton tun. Die Gemeinden haben kumuliert einen höheren Steuerfuss als 100 Prozent, was im Moment im Kanton gilt. Darum dürfte das Budget aller Gemeinden zusammen höher sein als das des Kantons. Und diese hälftige Aufteilung der einzelnen Zahlungen wird bei den Gemeinden prozentual weniger ins Gewicht fallen, über alle Gemeinden hinweg betrachtet. In diesem Sinn sind wir vom Stadtrat aber auch ganz klar einverstanden mit der allseits geäusserten Haltung, dass, selbst wenn die Initiative angenommen werden sollte, diese Gelder grundsätzlich nicht zu budgetieren wären, damit man nicht versucht ist, sich auf diese zu verlassen. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, der Initiative zuzustimmen. Vielen Dank.

Luc Nünlist (SP): Es ist unüblich, dass mehrere Stadträte zu einem Geschäft sprechen, aber auch spannend, denn es scheint wirklich ein bewegendes Thema zu sein. Vielleicht noch eine ganz kurze Replik auf Thomas Fürst, dass keine falschen Anreize gestellt werden sollen. Ich muss nun doch ein kurzes Gedankenexperiment lancieren. Möglichst viele Einwohnende, möglichst wenige Leistungen, also irgendwie ein Briefkasten, Wochenaufenthalter, Steuerparadies in Feldbrunnen auf der Gemeindeverwaltung wäre ein spannender Business Case in diesem Moment. Oder nicht? Ich bin natürlich interessiert an deinen steuerlichen Einordnungen, dass es eigentlich dringender ist, dass man dann auf kantonaler Ebene einnahmeseitig eine Korrektur vornimmt. Ich bin gespannt, wie sich die FDP ohne Hut bei den Diskussionen im Kantonsrat positioniert.

Stadtrat Thomas Fürst: Weil ich direkt angesprochen wurde, erlaube ich mir ganz kurz darauf zu antworten. Die juristischen Personen werden hier meines Erachtens nicht berücksichtigt. Einfach so einen Briefkastenwohnsitz zu generieren, ist nicht so einfach, weil der Wohnsitz gemäss gefestigter Rechtsprechungen dort erfolgt, wo man den Lebensmittelpunkt hat. Und somit kann man nicht einfach einen Briefkasten hinstellen.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Mir ist noch etwas in den Sinn gekommen. Die CO₂-Abgabe-Rückerstattung erfolgt ja auch pro Kopf. Es hat ja auch einen Grund, dass man dort diese Rückerstattung pro Kopf macht und nicht nach Finanzkraft oder Steuerkraft oder irgendetwas anderes.

Schlussabstimmung

Mit 22 : 16 Stimmen fällt das Parlament folgenden Beschluss

I.

1. Der Initiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)» wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder» - Beschluss

Abstimmungsergebnis insgesamt

22 JA 0 ENTH. 16 NEIN

Einzelergebnis

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Wyss	Markus	FDP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	NEIN
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	NEIN
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	NEIN
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN
Schor	Christine	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Januar 2026

Prot.-Nr. 27

Auftrag Fraktion SP/JSP betr. Mehr Unterstützung von jungen Eltern in Olten/ Beantwortung

Mit Datum vom 28. November 2024 hat die Fraktion SP/JSP folgenden Auftrag zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Einwohnergemeinde Olten Eltern durch geeignete Informations- und Unterstützungsangebote gezielt unterstützen und begleiten kann. Dabei sollen sowohl eher analoge Angebote (wie z.B. die «Elternbriefe» von Pro Juventute), als auch digitale Alternativen (wie beispielsweise die mehrsprachige Parentu App) geprüft werden.

Begründung

Eltern stehen vor der Herausforderung, die Entwicklung ihrer Kinder in einer komplexer werdenden Gesellschaft bestmöglich zu fördern. Ziel dieses Prüfungsauftrags ist es, Eltern durch niederschwellige, effektive Angebote Zugang zu relevanten und altersgerechten Informationen zu verschaffen.

Es gibt verschiedene etablierte Modelle, die sich als wirkungsvoll erwiesen haben. So sind die «Elternbriefe» von Pro Juventute bekannt für ihre praxisnahe, verständliche und altersgerechte Begleitung der ersten Lebensjahre eines Kindes. Die Elternbriefe unterstützen Eltern dabei, herausfordernde Situationen leichter zu meistern und begleiten die frühe Kindheit. Dieses gedruckte Angebot wird in vielen Gemeinden durch die öffentliche Hand finanziert und steht Eltern in diesen Gemeinden kostenfrei zur Verfügung, als auch digitale Variante. Die Stadt Olten finanziert gemäss Abfrage auf der Website von Pro Juventute aktuell keiner dieser Elternbriefe.

Die Pro Juventute bietet aktuell folgende Elternbriefe an:

- Elternbriefe 1. Lebensjahr 14 Pro Juventute Elternbriefe mit sammelbox, monatliche Zustellung
- Elternbriefe 2.-3. Lebensjahr 10 Pro Juventute Elternbriefe mit Sammelbox, Zustellung alle zwei Monate im 2. Lebensjahr und vierteljährlich im 3. Lebensjahr
- Elternbriefe 4.-6. Lebensjahr 12 Pro Juventute Elternbriefe mit Sammelbox, Zustellung alle drei Monate

Das Besondere an den Elternbriefe von Pro Juventute ist die altersgemässe Zustellung – so erhalten Eltern die richtige Information zur richtigen Zeit. Die Elternbriefe bestärken Eltern in ihrem Elternsein, wecken Verständnis für die Bedürfnisse des Kindes, geben Sicherheit bei der Erziehung und bieten Orientierung beim Zusammenleben.

Eltern mit wenigen Deutschkenntnissen können zudem den kostenlosen Ratgeber «Unser Kind» anfordern. Er erleichtert fremdsprachigen Eltern den Zugang zu Angeboten der Gesundheitsförderung, Beratung, Bildung und Betreuung.

Alternativ könnte die Stadt Olten die Nutzung der Parentu App fördern, welche Information digital, multimedial und in mehreren Sprachen bereitstellt. Die App ist insbesondere für Eltern mit geringen Deutschkenntnissen oder einem mobilen Lebensstil geeignet. Die App schickt alle wichtigen Informationen zur kindlichen Entwicklung via Push-Nachrichten direkt auf das Smartphone der Eltern. Die App ist für Eltern kostenlos; die App bietet unter Lizenz Gemeinden

und Fachstellen die Möglichkeit, mit ihren Publikationen eine breite Elternschaft mit spezifischen Informationen zu erreichen.

Beide Ansätze tragen dazu bei, die Chancengleichheit und die soziale Teilhabe von Kindern und Eltern zu stärken.»

* * *

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt die in der Begründung des vorliegenden Prüfauftrags aufgeführten Argumente. Die Unterstützung von Familien in ihrer Erziehungsaufgabe sowie die Förderung der kindlichen Entwicklung ist aus Sicht des Stadtrats eine Grundvoraussetzung, um allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Startchancen zu ermöglichen. So hat der Stadtrat dann auch im Regierungsprogramm 2021 – 2025 unter Schwerpunkt I «Stadt der guten Chancen» die strategische Zielsetzung *«Start ins Leben wird durch Massnahmen der frühen Förderung, durch umfangreiche Bildungs- und Betreuungsstrukturen, durch Familienförderung, Jugendarbeit und Beratungsangebote gefördert.»* aufgenommen. Basierend auf dieser Zielsetzung wurde im Jahr 2023 die *«Strategie Frühe Kindheit 2024 – 2029»* ausgearbeitet und am 9. Oktober 2023 verabschiedet.

Die Strategie zielt auf eine ganzheitliche Stärkung von Familien ab und betont die Bedeutung der frühen Lebensjahre für die langfristige Entwicklung eines Kindes. Dabei spielen auch niederschwellige Angebote, welche die Eltern befähigen, die Herausforderungen der frühen Erziehung zu meistern und die Entwicklung ihrer Kinder positiv zu gestalten, eine wichtige Rolle. Drei der insgesamt acht Stossrichtungen der Strategie legen dabei den Fokus auf die Erhöhung der Erreichbarkeit der Familien, die ressourcenorientierte Unterstützung der Eltern sowie die Weiterentwicklung der Angebotslandschaft.

Im Rahmen der Massnahme 7 der Strategie (*Zielgruppenorientierte Elterninformation*) ist geplant, eine zielgruppenorientierte Informations- und Kommunikationsstrategie im Bereich der frühen Kindheit auszuarbeiten und umzusetzen. Dabei soll der Fokus auf einfach verständlichen Botschaften und Informationen in mehreren Sprachen liegen. Die Massnahme wird durch die Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienförderung gemeinsam mit der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe bestehend aus einer Vertretung der Sozialdirektion sowie der Fachstelle Integration, umgesetzt.

Dabei soll das Bestehende (Website, Broschüre, Flyer) weiterentwickelt und neue Ideen, wie beispielsweise Zusatzinformationen für Neuzugezogene oder die parentu-App evaluiert und ins Konzept aufgenommen werden. Ebenso sollen neue Möglichkeiten für Informationen im öffentlichen Raum (z.B. Informationstafel) geprüft werden. Aufgrund der verzögerten Besetzung der Koordinationsstelle im Jahr 2024 und dem prioritären Aufbau der Tagesstruktur Kleinholz konnte diese Massnahme im letzten Jahr noch nicht angegangen, soll aber 2025 an die Hand genommen werden.

Die Stadt Olten verfügt bereits über verschiedene Angebote im Bereich der frühen Förderung. Der Stadtrat ist jedoch bereit, im Rahmen der Umsetzung der «Strategie Frühe Kindheit 2024 – 2029» zu prüfen, ob der Versand der Elternbriefe für Familien aus Olten zukünftig finanziert und ob und wie die Parentu App in der Stadt Olten eingeführt werden soll. Im Rahmen der Umsetzung der Massnahme 7 der Strategie werden zudem weitere, niederschwellige Informations- und Unterstützungsangebote für Familien evaluiert.

Gestützt auf die hiervor dargestellten Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag als erheblich zu erklären.

- - - -

Florian Eberhard, Auftraggeber: Herzlichen Dank Nils und dem Stadtrat für die Beantwortung und die positive Aufnahme meines Anliegens. Ich möchte mich an dieser Stelle

noch kurz entschuldigen. Ich finde es immer sinnvoll, dass man, wenn möglich, vor dem Einreichen eines Vorstosses grundsätzlich den Kontakt zum zuständigen Stadtrat oder zur zuständigen Stadträtin sucht. Wir haben es tatsächlich auch bei diesem Vorstoss gemacht, allerdings beim falschen Stadtrat. Leider hat weder ich noch er, ohne jetzt Namen zu nennen, aber er ist heute Abend nicht anwesend, rechtzeitig gemerkt, dass das eben leider der Zuständigkeitsbereich von Nils wäre. Das tut mir leid. Zum Materiellen: Junge Eltern leisten tagtäglich enormes. Sie begleiten ihre Kinder beim Start ins Leben. Die meisten von ihnen machen das bekanntlicherweise zum ersten Mal. Sie brauchen nicht nur ein gutes Buchgefühl, sondern auch gute Informationen, den Austausch und konkrete Unterstützung. Genau hier versucht dieser Auftrag anzusetzen. Wir wollen, dass die Stadt Olten Eltern nicht allein lässt, sondern ihnen zeitgemässe, niederschwellige Hilfe anbietet. Analog und digital, mehrsprachlich und alltagstauglich. Es freut mich sehr, dass der Stadtrat den Auftrag unterstützt und bereit ist, sowohl den Versand der bekannten Elternbriefe der Pro Juventute als auch die Einführung der Parentu-App zu prüfen. Beide Angebote sind praxiserprobt, einfach verständlich und bieten einen echten Mehrwert für die Familie. Gerade auch für jene mit wenig Deutschkenntnissen oder mit wenigen Ressourcen. Die Stadt Olten hat mit der Strategie «Frühe Kindheit 2024 bis 2029» schon einmal ein solides Fundament gelegt. Dieser Auftrag zielt darauf ab, diese Strategie mit konkreten Massnahmen zu füllen. Ich begrüsse sehr, dass im Rahmen der Massnahme 7 eine zielgruppengerechte Elterninformation entwickelt werden soll. Der Einbezug von Formaten wie beispielsweise dem Parentu-App ist sinnvoll und zeigt, dass digitale Lösungen auch im Sozialbereich ihren Platz haben. Vorausgesetzt, dass sie wirklich für alle erreichbar sind. Familienpolitik ist keine Nebensache. Es ist ein zentraler Baustein für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer heute in die frühe Förderung investiert, der spart langfristig. Und er schafft gleichzeitig mehr Lebensqualität für Familien in unserer Stadt. Ich danke dem Stadtrat für seine Offenheit und würde mich über Unterstützung für diesen Auftrag sehr freuen.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich danke dir, Florian Eberhard, für das Einreichen dieses Vorstosses. Wie die Antwort des Stadtrats aussagt, sehen wir dieses Thema ähnlich, wenn nicht sogar gleich wichtig, wie du es skizziert hast. Ich glaube, es ist ein Thema, das uns in den nächsten Jahren alle beschäftigen darf und soll und wird. Wir haben grosse Herausforderungen im Schulbereich, mit Kindern, die beim Schuleintritt mit zusätzlichem Aufwand oder zusätzlichen Herausforderungen in die Schule eintreten. Entsprechend sind Massnahmen, die wir im Bereich der frühen Kindheit ergreifen, eine längerfristige Investition, die uns am Ende günstiger zu stehen kommt, als wenn wir später Massnahmen ergreifen müssen. Auf dieser Grundlage haben wir die Strategie Frühe Kindheit verabschiedet. Dort sind die verschiedenen Massnahmen aufgeführt. Einiges konnten wir bereits umsetzen. Bei anderem sind wir noch daran. Und wo wir noch daran sind, ist eben auch der Bereich der zielgruppengerechten Kommunikation. Dieser Vorstoss wurde im November 2024 eingereicht. Das wäre ein kleiner Wink mit dem Zaunpfahl an die Menge der Aufträge, die ihr einreicht und die es zu behandeln gibt. Wir behandeln diesen ja jetzt fast eineinhalb Jahre später. Das ist nicht weiter schlimm. Es ist das eine oder andere gelaufen im letzten Jahr. Wir konnten beispielsweise die Broschüre mit allen Angeboten für Familien mit Kindern im letzten Jahr überarbeiten. Ende letztes Jahr wurde sie neu aufgelegt. Es soll einen besseren Überblick bieten, es soll eine einfachere Zugänglichkeit der vielen verschiedenen, vorhandenen Angebote sicherstellen. Wir werden basierend darauf auch weitere Massnahmen ergreifen. In der Beantwortung gibt es einen kleinen, nicht weiter schlimmen Fehler. Wir haben es damals nicht ganz korrekt formuliert. Dort ist im Übergang von der Fachstelle Integration zur Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienförderung nicht alles ganz korrekt gelaufen. Die Parentu-App ist schon länger in Betrieb in der Stadt Olten. Das ist ein Angebot, welches wir bereits kennen. Dort ist sicher die grosse Herausforderung, dass die App für Oltnerninnen und Oltnern nur sinnvoll ist zu nutzen, wenn es auch lokale Angebote gibt, die dort ihre Informationen präsentieren und zur Verfügung stellen. Dies zu machen ist nicht nur eine Aufgabe der Stadt, sondern auch die Angebote selber sind dazu angehalten, die entsprechenden Informationen zu liefern. Dort sind wir immer noch am Herausfinden, in welcher Qualität, in welcher Menge wir diese Angebote machen können. Aber die Parentu-App läuft bereits. Die Elternbriefe sind wir am Prüfen.

Regina Graber, Fraktion GO/JGO: Wie aus der Antwort des Stadtrats zu entnehmen ist, und Nils hat es ja auch gesagt, passt dieser Auftrag nahtlos in die schon bestehende «Strategie Frühe Kindheit 2024 bis 2029» und ist im Wesentlichen ein ergänzender Input zur Massnahme 7, du hast es auch schon gesagt, Florian, die ohnehin geplant ist und sich mit zielgruppenorientierter Elterninfo befasst. Zielgruppengerechte Informationen sind sinnvoll und erprobt, um jungen Eltern Orientierung zu bieten und sie zu unterstützen. Aus unserer Sicht wäre nicht unbedingt ein parlamentarischer Auftrag nötig gewesen, um dieses Anliegen einzubringen. Ein direkter Kontakt mit den zuständigen Fachstellen hat vermutlich gleich viel bewirkt und wäre auch noch effizienter gewesen als diese eineinhalb Jahre, die es nun gedauert hat. Sicher ist gut, dass dieser Auftrag offenlässt, welche Angebote effektiv den Eltern zur Verfügung gestellt werden sollen und die Auswahl schlussendlich den Fachleuten überlässt. Die Fraktion GO/JGO unterstützt den vorliegenden Auftrag, weil das Ziel, die bessere Unterstützung von jungen Familien in Olten, wichtig und richtig ist. Vielen Dank.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Ich danke der Fraktion SP/JSP für den in unseren Augen wichtigen Auftrag. In einer immer komplexer werdenden Gesellschaft stehen Eltern vor der Herausforderung, die Entwicklung ihrer Kinder bestmöglich zu fördern. Durch niederschwellige und effektive Angebote können Eltern Zugang zu relevanten und altersgerechten Informationen finden. Beide vorgeschlagenen Ansätze tragen zur Chancengleichheit und zur sozialen Teilhabe von Kindern und Eltern bei. Die Unterstützung von Familien ist eine Grundvoraussetzung, um allen Kindern, unabhängig von ihrer Herkunft, gleiche Startchancen zu ermöglichen. Wie der Stadtrat sind wir ebenfalls der Ansicht, dass niederschwellige Angebote notwendig und unterstützend sind, um Eltern befähigen zu können, die Herausforderung der Früherziehung zu meistern und die Entwicklung ihrer Kinder positiv zu gestalten. Die angesprochenen Elternbriefe sind ein schweizweit bewährtes Mittel, um Eltern und Bezugspersonen von Kindern zuverlässig wiederkehrend und gehaltvoll in ihrer Elternschaft und Erziehung zu unterstützen. Wir fänden es ein starkes Zeichen, wenn sich Olten als familienfreundliche Stadt ebenfalls am Versand dieser Elternbriefe beteiligen würde. Ebenfalls finden wir es sehr wichtig und begrüssen es, dass der Stadtrat Schritt plant, um möglichst früh mit den Familien in Kontakt zu treten. Der Stadtrat hat schon ganz viele Schritte getätigt und wir möchten den Stadtrat weiterhin bestärken, diesen Weg zu gehen. Es wird ein Weg geebnet für eine konstruktive Zusammenarbeit von Eltern mit der Stadt und dann auch ab dem Eintritt in den Kindergarten für eine Zusammenarbeit mit Lehrpersonen und mit der Volksschule im Allgemeinen. Gerade die verstärkte Nutzung der Parentu-App könnte für die Stadt die Kommunikation unterstützen und sie dient der niederschweligen Streuung von Informationen über die bestehenden Angebote im Bereich der frühen Förderung. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Parentu-App vonseiten der Stadt weiterhin noch besser beworben und bewirtschaftet werden würde. Wir erklären den vorliegenden Auftrag als erheblich und danken dem Stadtrat für die Finanzierung des Versands der Elternbriefe von Pro Juventute und der Weiterentwicklung der Parentu-App. Wir hoffen auf ein weiterhin positives Resultat.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Die Unterstützung von jungen Familien ist wichtig. Das ist eine intensive Zeit und wir von der FDP haben Verständnis für diese Herausforderung. Dieser Auftrag ist aber für uns nicht wirklich nötig. Alles, was hier gefordert wird, mehrsprachige Infos, App-Lösungen, Elternbriefe, ist, wie vorhin schon gesagt, Teil der «Strategie Frühe Kindheit 2024 bis 2029», die ja schon in der Umsetzung ist und genau diese Themen aufnimmt. Darum müssen wir ehrlich sagen, wir verstehen nicht, wieso dieser Auftrag erheblich erklärt werden sollte, wenn es ja schon läuft. Wenn wir zu jedem Thema, das schon läuft, noch einen weiteren Auftrag besprechen müssen, können wir uns schon auf wöchentliche Doppelsitzungen vorbereiten. Wir haben es zuvor gehört, dieser Auftrag wurde im November 2024 eingereicht. Was wir aber auch sagen wollen: Familienförderung ist für uns ein liberales, wichtiges Anliegen. Aber mit Fokus auf Wahlfreiheit, Eigenverantwortung und einer zielgerechten Unterstützung dort, wo es wirklich nötig ist. Ein pauschaler Versand von Elternbriefen an alle oder die automatische Finanzierung von App-Lizenzen durch die öffentliche Hand ist nicht zwingend der effizienteste Weg. Darum wird die FDP diesen Auftrag mehrheitlich ablehnen. Danke.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Wir lehnen diesen Vorstoss ab. Ich habe zugehört und was ihr zuvor gesagt habt, ist alles richtig. Familien sind wichtig. Förderung und dass die Leute informiert sind, ist alles wichtig. Aber es ist einfach nicht so und es spricht auch für euren Ansatz: «Das Kind ist da, lieber Staat, hilf mir! Was muss ich machen? Ich habe keine Ahnung.» Das Angebot, das hier beschrieben wird, ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Wenn heute jemand ein Problem hat, und in der Regel ist es sogar so, man googelt es und sucht es schon, bevor ein Problem überhaupt da ist, es kann einen fast wahnsinnig machen, ich spreche aus eigener Erfahrung, dann wartet man nicht bis Ende Monat, bis der Elternbrief von dieser Pro Juventute angekommen ist. Ich habe mich erkundigt. In der ganzen Schweiz werden 59'000 Stück davon verschickt. Ein Teil wird staatlich verschickt, ein Teil wird nachgefragt. Es sind eigentlich nicht so viele, also scheint die Nachfrage nicht so gross zu sein. Dieses Angebot ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Wenn die Leute ein Problem haben, suchen sie im Internet und hoffen, etwas zu finden. Nicht alles, was einem wichtig ist, muss man dem Staat übergeben, liebe linke und rechte Seite von mir aus gesehen. Vielen Dank.

Beat Bachmann, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Vielen Dank der SP/JSP für diesen Auftrag zugunsten der Familien. Es ist ein wichtiges Anliegen, Eltern beim Aufwachsen ihrer Kinder zu unterstützen. Ich glaube, es profitieren die Stadt, die Schulen und die Gesellschaft, wenn wir in die frühe Förderung der Kinder investieren und die Eltern begleiten können. Eltern sind in erster Linie Expertinnen und Experten ihrer eigenen Kinder. Aber es ist herausfordernd und anspruchsvoll, sie in ihrer Entwicklung gut und passend begleiten zu können. Da können Medien wie Elternbriefe, Apps oder vor allem Austauschangebote mit Eltern, die Kinder im gleichen Alter haben, sehr hilfreich sein. Wichtig finde ich, dass man mit solchen Hilfsmitteln vor allem auch jene Eltern erreicht, die Unterstützung brauchen und auf solche Hilfsmittel angewiesen sind. Die Erfahrung zeigt, dass oft nur die Eltern solche Angebote nutzen, die schon viel wissen, schon Unterstützung haben und schon gut vernetzt sind. Die GLP/Mitte/EVP-Fraktion unterstützt pragmatische, kostengünstige Lösungen, die nicht extern, sondern in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Kinder, Jugend und Familie ausgearbeitet werden. Darum werden wir diesen Auftrag unterstützen. Danke.

Beschluss

Mit 27 : 11 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

Auftrag Fraktion SP/JSP betr. Mehr Unterstützung von jungen Eltern in Olten - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

27 JA 0 ENTH. 11 NEIN

Einzelerggebnis

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Huber	Christian	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	JA
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN
Schor	Christine	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Januar 2026

Prot.-Nr. 28

Interpellation Tobias Vega (SP/JSP) betr. Standplatz für Fahrende/Beantwortung

Am 26. November 2024 hat Tobias Vega (SP/JSP) folgende Interpellation zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender konkreter Fragen:

1. Welche Flächen im Besitz der Stadt Olten könnten als Standplatz für Fahrende infrage kommen?
2. Welche dieser Flächen könnte kurzfristig mit grundlegender Infrastruktur ausgestattet werden, um eine Nutzung zu ermöglichen?
3. Ist der Stadtrat bereit, eine dieser Flächen dem Kanton Solothurn zur Verfügung zu stellen? Falls nein, warum nicht?
4. Welche Gespräche hat der Stadtrat bislang mit dem Kanton Solothurn geführt, um Standorte für Fahrende in Olten zu prüfen?
5. Wie rasch kann der Stadtrat aktiv werden und einen Standortvorschlag präsentieren und die Machbarkeit klären?

Begründung:

Der Bund und die Kantone sind gesetzlich verpflichtet, Standplätze für Fahrende bereitzustellen. Dennoch scheitert die Umsetzung oft an lokalem Widerstand. Ein aktuelles Beispiel ist Härkingen, wo sich die Gemeindeversammlung und der Gemeindepräsident gegen einen möglichen Standplatz in der Industrie ausgesprochen haben. Diese Absage verdeutlicht erneut, wie schwierig es ist, die dringend benötigten Standplätze in der Region zu schaffen. Die Fahrenden stehen deshalb weiterhin vor der Herausforderung, ihre Lebensweise ohne ausreichende Infrastruktur auszuüben, was häufig zu Konflikten und unhaltbaren Zuständen führt.

Die Stadt Olten könnte hier eine aktive Rolle übernehmen und durch die Prüfung und Bereitstellung eines geeigneten Standorts eine Lösung anbieten. Als wichtiger Ort im Kanton Solothurn hat Olten die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation beizutragen.

Historische Verantwortung und gesellschaftliche Verpflichtung

Die Schweiz hat eine lange und erschreckende Geschichte im Umgang mit Fahrenden. Diese reicht von systematischen Diskriminierungen bis hin zu staatlich geförderten Programmen, die das Ziel hatten, die Lebensweise der Fahrenden und ihre Kultur zu unterdrücken. Als Gesellschaft tragen wir eine historische Verantwortung, dieser Fehler der Vergangenheit anzuerkennen und aktiv daran zu arbeiten, ähnliche Ungerechtigkeiten in der Gegenwart zu vermeiden. Die Bereitstellung von Standplätzen für Fahrende ist nicht nur eine praktische Notwendigkeit, sondern auch ein Akt der Wiedergutmachung und ein Schritt hin zu einem respektvollen und inklusiven Miteinander.

Die Stadt Olten und der Kanton Solothurn haben die moralische und gesellschaftliche Pflicht, den Jenischen und allen Fahrenden Lebensrealitäten zu schaffen, die ihre kulturelle Identität respektieren und fördern. Es ist unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass auch diese Gruppen ein Recht auf Raum, Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Leben haben.»

* * *

Im Namen des Stadtrates beantwortet Stadtpräsident Thomas Marbet den Vorstoss wie folgt:

Wie der Interpellant richtig bemerkt, handelt es sich um eine gesetzliche Verpflichtung von Bund und Kantonen, Standplätze für Fahrende bereitzustellen. Der Kanton Solothurn ist denn auch seit mehreren Jahren auf der Suche nach Standorten für Halteplätze für Schweizer Jenische und Sinti mit fahrender Lebensweise. Im vergangenen Herbst zeichneten sich neben dem bestehenden Durchgangsplatz in Grenchen aus Sicht des Kantons zwei geeignete Standorte für Durchgangs- bzw. Standplätze ab, in Biberist und Härkingen, ausserhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Am 11. und 13. November 2024 fanden vor Ort Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung statt; es zeichnet sich ab, dass auch in eher ländlichen Gebieten und auf dem Kanton gehörenden Arealen die Einrichtung solcher Standplätze insbesondere bei der Nachbarschaft nicht auf einhellige Unterstützung stösst.

Im Gegensatz zu den eher ländlichen Gebieten, in welchen der Kanton derzeit (eigene) Standorte prüft, stehen im bereits dichten Stadtgebiet von Olten, das im Zuge der laufenden Ortsplanungsrevision in den kommenden Jahren eine weitere Verdichtung am gut erschlossenen Verkehrsknotenpunkt erfahren soll, weder geeignete städtische noch kantonale Flächen zur Verfügung, die einerseits eine gute individuelle Erschliessung und andererseits eine Lage ausserhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes aufweisen würden. Der Stadtrat sieht sich somit nicht in der Lage, gemäss den Vorstellungen des Interpellanten dem Kanton einen entsprechenden Vorschlag zu präsentieren. Sollte dies auf einem privaten Areal der Fall sein, ist der Stadtrat bereit, zusammen mit dem Kanton eine Eignung für einen Standplatz für Fahrende zu prüfen.

- - - -

Stefanie Kurt, Interpellantin: Tobias Vega ist nicht mehr im Gemeindeparlament. Ich habe in Rücksprache mit ihm die Antworten zu dieser Interpellation formuliert. Ich möchte sie gerne mit euch teilen. Grundsätzlich ist es so, dass im Jahr 2003 das Bundesgericht ein wichtiges Urteil gefällt hat. Es ist ein Leiturteil, bei welchem es darum geht, dass man Halteplätze für Fahrende in der Raumplanung zu berücksichtigen hat. Für die Behörden ergibt sich daraus eine klare Verpflichtung, so müssen alle Halteplätze für Fahrende in den Richt- und Nutzungsplänen vorgesehen werden. Diese Verpflichtung gilt nicht nur für schweizerische Fahrende, sondern auch ausdrücklich für ausländische Fahrende. Denn auch diese stehen unter dem Schutz vor Diskriminierung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ebenso klar festgelegt, dass Leben im Wohnwagen ein zentrales Element der Identität der Fahrenden darstellt. Damit verbunden ist auch das Recht auf eine fahrende Lebensweise, gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der Fokus ist auf den schweizerischen Jenischen, da der Stadtrat von Olten in seiner Antwort ausdrücklich diese erwähnt und auch der Kanton Solothurn nur für diese Personengruppe Halteplätze plant. Die Schweiz hat die schweizerischen Fahrenden als nationale Minderheit anerkannt mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. Somit hat sich die Schweiz, und das gilt auch für die Stadt Olten, verpflichtet, die Lebensgrundlagen der fahrenden Bevölkerung zu sichern. Die Schweiz hat darüber hinaus, was weniger bekannt ist, auch die Sprache der jenischen Fahrenden als territorial nicht gebundene Sprache in der Schweiz anerkannt, und zwar mit der Ratifizierung der

Europäischen Sprachencharta und damit ist auch erneut ein Bekenntnis zu dieser Kultur erfolgt. Von den schätzungsweise 30'000 Schweizer Jenischen leben heute rund 2'000 bis 3'000 nomadisch. Das ist eine kleine Zahl. Das hängt auch unter anderem mit der Verfolgung durch die Pro Juventute (Aktion Kinder der Landstrasse) zusammen. Zwischen 1926 bis 1973 hat das Hilfswerk für Kinder der Landstrasse, das zur Pro Juventute gehört, mit Hilfe der Behörden rund 600 jenische Kinder ihren Eltern weggenommen und die Kinder in Heime, Erziehungsanstalten und bei Pflegefamilien untergebracht. Weitere Kinder sind direkt von kommunalen und kantonalen Behörden aus ihren Familien weggenommen worden. Schätzungen zufolge wurden gegen 2'000 Kinder fremd platziert. Viele von diesen Kindern haben Gewalt erfahren und sind als billige Arbeitskräfte ausgebeutet worden. Die systematische Trennung von Eltern und Kindern ist zutiefst diskriminierend und hat schwerwiegende Folgen. Die neueste Forschung zeigt, dass auch Organisationen im Kanton Solothurn daran beteiligt waren. Das Katholische Seraphische Liebeswerk Solothurn hat sich ebenfalls bis in die 1980er Jahre aktiv an der Kindeswegnahme Jenischer beteiligt. Ziel war, die «erblich minderwertigen Kinder» aus einem «abstossenden Milieu» in einem Heim zu «korrekten» Katholikinnen und Katholiken zu formen. Tobi Vega stellte fünf Fragen. Bei den Fragen 1 bis 3 wurde vom Stadtrat immer auf die laufende Ortsplanungsrevision verwiesen. Mit Ausnahme der Frage 1. Dort ergänzt der Stadtrat. «Sollte dies auf einem privaten Areal der Fall sein, ist der Stadtrat bereit, zusammen mit dem Kanton eine Eignung für einen Standplatz für Fahrende zu prüfen.» Ich komme zur Frage 4 und 5, vielleicht nur kurz. Diese Fragen wurden gar nicht erst beantwortet. Das Fazit: Eigentlich wurde keine der aufgeworfenen Fragen in dieser Interpellation beantwortet. In den schriftlichen Antworten zeigt sich weder ein Wille noch weitergehende Überlegungen, sich für Menschenrechte der Fahrenden einzusetzen. Das Fazit ist darum: Es ist enttäuschend, diese Antworten zu lesen und es ist auch unbefriedigend, dass der Stadtrat von Olten sich dieser Thematik nicht aktiv annimmt. Danke.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Wir kommen wieder einmal zum Thema Parkplätze. Ein wenig brisantes und selten diskutiertes Thema in diesem Rat. Es ist schon interessant, dass genau die gleiche Partei, die sonst bei beantragter Aufhebung von Parkplätzen in Ekstase ausbricht und dem total zustimmt, nun bei einer Parkplatzaufhebung sogar aktiv fordert und jetzt plötzlich die Liebe zu Parkplätzen erlickt hat. Das sind Standplätze im Wesentlichen. Aus Sicht der SVP besteht gar kein Grund, Standplätze für Fahrende zu schaffen. Allein schon die Folgekosten für Bildung, Soziales und nicht zuletzt auch für die öffentliche Sicherheit. Das spricht alles dagegen. Ich möchte einfach darauf hinweisen: Wir haben aktuell andere Probleme in Olten. Die Verschuldung der Stadt steigt wieder. Wir bewegen uns wieder im Bereich des politischen Aktivismus, welcher der Oltnen Bevölkerung nichts bringt, ausser Kosten und Probleme. Es wird Zeit, dass man endlich wieder Politik für die Oltneninnen und Oltnen anstatt für den Rest der Welt macht. Aus Interesse hätten wir noch eine Frage. Wo finden wir die mehrfach zitierte gesetzliche Verpflichtung für Bund und Kantone, Standplätze für Fahrende bereitzustellen? Vielen Dank.

Simone Sager, Fraktion FDP: Der Interpellant weist zutreffend darauf hin, dass Bund und Kantone gesetzlich verpflichtet sind, Stand- und/oder Durchgangsplätze für Fahrende bereitzustellen. Ein solcher Standort erfordert Fläche. Fläche von rund 3'000 bis 4'000 Quadratmetern, eine zweckmässige Infrastruktur, sowie eine Lage, die den Bedürfnissen der Fahrenden entspricht. Das schränkt die Zahl geeigneter Standorte erheblich ein. Der Umstand, dass der Kanton trotz intensiver Bemühungen unter rund 100 Gemeinden im Kanton bislang keinen definitiven Standort finden konnte, verdeutlicht diese Schwierigkeit. Der Bund hat mit seiner gesetzlichen Vorgabe bewusst die historische Verantwortung berücksichtigt, die der Interpellant anspricht. Dennoch bleibt klar, die Bereitstellung eines solchen Platzes ist primär kantonale Aufgabe. Die Stadt trägt bereits heute eine überdurchschnittliche Zentrumsbelastung. Eine zusätzliche Übernahme kantonaler Verpflichtungen lehnen wir als FDP-Fraktion ab. Unser Nein begründet sich nicht in erster Linie mit den erheblichen Kosten und Folgen, obwohl diese unbestritten sind. Ein Platz für Fahrende bedingt umfassende Erschliessung: Strom, Wasser, Grauwasserentsorgung, Toiletteninfrastruktur, Waschmöglichkeiten, Entsorgungsstellen, zusätzliche Entsorgungsstellen für Materialien, die im Rahmen der Arbeitsaufträge der Fahren-

den anfallen, sowie laufender Betriebsaufwand für die Bewirtschaftung und Standhaltung, Platzpflege, Registrierung der Nutzenden, Schulummeldungen und regelmässige Kontrollen. Für die FDP ist vielmehr etwas anderes ausschlaggebend. Es handelt sich um eine Aufgabe des Kantons. Die Stadt Olten wie auch der Kanton verfügen über keine geeignete Fläche innerhalb des Stadtgebiets, auch im Zug der laufenden Ortsplanrevision in den kommenden Jahren. Und in kürzester Distanz bestehen bereits Standplätze. Nördlich in Wittinsburg, östlich in Aarau und südlich in Zofingen. Ein zusätzlicher Standort gehört, falls notwendig, dann eher in den oberen Kantonsteil und nicht nach Olten. Danke.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Wir danken Tobi Vega, vielleicht jetzt vor dem Bildschirm, für das Einreichen dieser wichtigen Interpellation, weil sie den Finger auf eine Wunde legt, welche wir in der Politik, aber vor allem auch in der Gesellschaft, sehr gerne verdrängen. Die historische Blindheit und die soziale Ignoranz des SVP-Votums hat es wieder einmal eindrücklich bewiesen. In der Schweiz gibt es verschiedene Lebensweisen. Während sich die Mehrheit an einem Ort fest niederlässt, gibt es eine Minderheit, die eine fahrende Lebensweise bevorzugt. Gerade auch der Umgang von der offiziellen Schweiz mit den Jenischen in der Vergangenheit war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie es das neueste Rechtsgutachten des EDI eindrücklich und erschreckend dargelegt hat. Dazu kommt die bestehende gesetzliche Verpflichtung, die Rahmenbedingungen für Jenische und Sinti zu verbessern, damit diese Minderheit ihre Kultur pflegen und weiterentwickeln kann. Wir können sie gerne gemeinsam suchen gehen, Matthias, nach der Sitzung. Der Prüfungsbericht von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende von 2021 zeigt übrigens eindrücklich den Bedarf und den aktuellen Stand von Stell-, Stand-, Durchgangs- und Transitplätzen in der Schweiz auf. Und eben insbesondere auch in der Region Olten, wenn man gehört hat, z.B. in Aarau gibt es schon etwas, weist er eben doch einen eindeutigen Bedarf an Stand-, Stell- und Transitplätzen aus. Wir sind darum froh, sieht der Stadtrat laut seiner Antwort dies auch ein und bietet an, diesbezüglich mit dem Kanton proaktiv zusammenzuarbeiten. Auf die Schnelle haben wir ehrlicherweise auch keine perfekt geeignete Fläche im Kopf, die sich anbieten würde. Allenfalls noch der bestehende Wohnmobil-Abstellplatz an der Sportstrasse. Gleichwohl ist es wichtig, diese Thematik, insbesondere auch im Rahmen der Ortsplanungsrevision präsent zu haben, und wir nehmen den Stadtrat beim Wort, dass das Thema Standplatz für Fahrende in Zukunft mitgedacht wird und bei Gelegenheit für eine Erstellung eines entsprechenden Platzes eine aktive Rolle übernommen wird. Merci.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Ich habe eigentlich ein Votum vorbereitet, aber ich würde vorher ganz kurz noch eine grundsätzliche Frage an euch alle stellen. Warum sind wir alle hier in diesem Raum? Wir alle sind viel beschäftigt, wir können unsere Abende mit etwas viel Besserem und Effektiverem verbringen, als Voten zu einer Interpellation zu hören. Also eine Interpellation, die eigentlich keine direkte Handlung auslösen kann, es handelt sich nur um eine Frage. Wir haben doch alle sehr viel zu tun. Wir könnten Sport machen, arbeiten, Zeit mit der Familie verbringen. Aber nein, wir sitzen hier und halten Voten zu einer Interpellation und antworten dazu. Und ja, warum sind wir eigentlich alle hier? Weil wir Lust haben. Weil wir glauben, dass wir etwas bewirken können, etwas ändern können. Etwas, das unsere Gemeinde vorwärtsbringen könnte. Darum sind wir alle hier. Aber offenbar nicht immer bei allen Sachen. Wenn ich privat keine Lust habe, etwas zu machen und wonach mich jemand fragt, dann sage ich. «Ich habe keine Zeit.» Im Parlament oder in der Politik können wir nicht sagen, wir hätten keine Zeit und wir hätten keine Lust, weil dann sollte man konsequenterweise zurücktreten. Dann sagen wir es anders, wir sagen: «Haben wir keine anderen Probleme?» Bis jemand mit einem konkreten Problem kommt und sagt: «Können wir es lösen?» Dann sagen wir: «Nein, dieses nicht, weil wir gerade keine Ressourcen haben.» Es ist einfach so ein Alibispiel. Wir haben keinen Bock und sagen einfach: «Sorry, wir haben keine Ressourcen, es gibt andere Probleme, die dringender sind, die wichtiger sind.» Es ist ein Trauerspiel. Jetzt komme ich zurück zu meinem Votum, aber es ist wichtig, das zu benennen, warum wir hier sind. Ich möchte euch einfach in Erinnerung rufen. Sonst machen wir immer das gleiche, wir sagen: «Jemand anderes soll es lösen. Wir im Kanton Solothurn können das nicht. Jemand aus dem Aargau kann das lösen, vielleicht kann der Bund das machen, jemand anders soll es machen.» Ich sage es einfach, einen ganz coolen Spruch: «Gib jemandem anderen deinen

Namen.» Das ist das, was wir machen, wir übernehmen die Verantwortung. Wir machen Sachen, die unangenehm sind, die schwierig sind und nicht nur Sachen, die bequem und beliebt sind. Nun zu meinem Votum. Entschuldigung für das «Ausweichmanöver». Das war jetzt nicht geplant. Die Interpellation von Tobias Vega stellt eine sehr wichtige Frage. Eine, die in unserem Kanton offenbar seit Jahrzehnten sehr erfolgreich verdrängt wird. Und weiterhin verdrängt werden will. Wie der Interpellant bemerkt hat, hat das Bundesgericht bereits im Jahr 2003 festgehalten, dass Kantone und Gemeinden verpflichtet sind, die räumlichen Bedürfnisse für Fahrende zu berücksichtigen. Ihr wisst schon, wie langsam die Instanzen in unserem Land funktionieren. Das heisst, wenn dies das Bundesgericht im 2003 entschieden hat, dann möchte ich nicht einmal wissen, wann der Fall vor Bundesgericht erschienen ist. Wahrscheinlich bevor ich zur Welt gekommen bin. Nichts ist passiert. Seit 2003 ist auch in unserem Kanton immer noch nichts. Aus der Perspektive von OJ beantwortet der Stadtrat die Fragen der Interpellation nicht zufriedenstellend, sondern eher ausweichend. Der Stadtrat bemerkt den bislang erfolglosen Versuch anderswo in unserem Kanton als Begründung und verweist auf die fehlenden Plätze auf dem Stadtgebiet. Uns erscheint das als zu bequem. Es ist viel zu bequem. Wir hätten sehr gerne ein bisschen mehr Informationen gehabt. Darum habe ich ein paar offene Fragen, zu welchen uns im der Beantwortung des Stadtrats die Antworten fehlen. Zum Beispiel: Welche konkreten Flächen in unserem Stadtgebiet sind geprüft worden? Nach welchen Kriterien? Gibt es eine Liste von potenziellen privaten Arealen? Der Stadtrat sagt ja, Partnerschaften mit Privaten kämen in Frage. Wurde überhaupt mit jemandem Gespräche geführt? Oder mit niemandem? Welche Rolle spielt Olten im kantonalen Gesamtkonzept für Standplätze? Und es gibt natürlich Widerstand gegen fahrende Menschen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass sie jahrzehntelang systematisch ausgebeutet, diskriminiert und fast massakriert wurden. Man kann es so sagen. Es wurde kultureller Genozid verübt. Gibt es eine Strategie zur Sensibilisierung der Bevölkerung, damit ein allfälliger Standplatz überhaupt von der Bevölkerung mitgetragen wird? Denn sonst funktioniert es ja nicht. Welche Infrastruktur wäre für einen solchen Platz notwendig? Was wären die Kosten? Wie bewertet der Stadtrat die historische Verantwortung konkret für unsere Stadt, für unsere Gemeinde? Welche Alternativen sind geprüft und verworfen worden und was war die Begründung? Gibt es finanzielle oder planerische Unterstützung vom Kanton? Und ganz wichtig: Wie wird sichergestellt, dass Fahrende in diesem Prozess auch beteiligt werden? Ich meine, wir entscheiden nicht über ihre Köpfe hinweg. Das sind Menschen. Ich möchte euch daran erinnern. Es wirkt zynisch. Wir reden auch über Menschen mit Schweizer Staatsangehörigkeit. Matthias, sie haben tatsächlich Anspruch auf Zugang zur Bildung. Weil du vorher erwähnt hast, wenn die fahrenden Menschen kommen, dann steigen unsere Kosten im Bildungsbereich. Es tut mir leid, das sind Kinder. Gemäss Verfassung haben sie auch Anrecht auf Zugang zur Schule. Wir von OJ sind der Meinung, dass wir als die grösste Gemeinde im Kanton verpflichtet sind, da und dort auch mal die Initiative zu ergreifen und uns proaktiv den Herausforderungen zu stellen, mutige und wegweisende Lösungen zu finden. Föderalismus kann nicht einfach eine bequeme Ausrede sein, um zu allen Sachen einfach Nein zu sagen. Zuvor haben wir gerade darüber abgestimmt, dass unsere Gemeinde auch einen Teil der Ausschüttungen der SNB-Gelder erhalten sollte. Also, wir wollen schon einen Teil des Kuchens. Aber sorry, wir haben auch Verpflichtungen, welchen wir nachkommen müssen. Wir können nicht einfach sagen, wenn das Geld reinkommt, sind wir dabei und wenn wir etwas machen müssen, dann wollen wir das nicht. Was ich auch betonen muss, was ganz wichtig ist: Die historische Verantwortung, die ist historisch. Niemand von uns in diesem Saal trägt zum Glück die Verantwortung für all die Grausamkeiten, die früher in der Vergangenheit passiert sind durch Behörden auf Gemeindeebene, auf Kantonsebene, auf Bundesebene. Aber wir werden alle die Verantwortung tragen, wenn wir weiter nichts machen. Im Moment sieht es wirklich so aus, - also, ich weiss es nicht, aber es sieht so aus - als ob sehr viele nichts machen wollen. Es ist auch wichtig zu betonen, es geht nicht um Almosen, es geht um einen Standplatz, welchen fahrenden Menschen gegen Miete und Gebühren benutzen dürfen. Es ist nicht gratis. Niemand verlangt etwas gratis. Es wurde nämlich fast der Eindruck erweckt, dass irgendetwas gratis verteilt wird. Darum geht es hier nicht. Es geht auch nicht darum, was für einen Lebensstil diese Menschen haben. Ich würde auch nicht gerne in einem Wohnwagen wohnen, aber ich mache es auch nicht. Diese Menschen sind frei, sie haben einen solchen Lebensstil ausgesucht und es ist Teil ihrer individuellen Freiheit, dass sie so leben dürfen. Ich würde

einfach sagen: Sind wir doch ein bisschen mutiger. Leider ist es nur eine Interpellation und all die Antworten sind sehr unbefriedigend aus ihrer Sicht. Es hätte uns sehr gefreut, wenn ein entsprechender Bericht und Antrag vom Stadtrat vorläge, in welchem der Stadtrat uns zeigt, was er gemacht hat und was möglich wäre, was nicht und warum. Damit könnten wir besser besprechen oder etwas planen. Und klar, es ist nicht einfach. Es ist nicht das einfachste Problem. Darum ist es so lange so erfolgreich verdrängt worden. Aber sagen wir einfach als Schlusswort: Wer handeln will, findet Lösungen und wer nicht handeln will, findet Ausreden. Vielen Dank.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Besten Dank, Vivek, für dein ausführliches Wort. Ich denke, die Fragen, die du gestellt hast, sind sehr interessant, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtrat sie jetzt beantworten kann. Ich denke, du müsstest es vielleicht mit der Verwaltung klären oder allenfalls mit einer Anfrage wiederkommen.

Heinz Eng (FDP): Fahrende gehören wie Soldatinnen und Soldaten Mitten in unsere Gesellschaft. Das ist meine persönliche Überzeugung. Wir haben es gehört, das historische Erbe, all das, was passiert ist mit diesen Leuten. Wir können es nicht ungeschehen machen. Aber wir können entsprechend versuchen, die Lebensart dieser Fahrenden, die für uns etwas fremd ist, ihren Lebensstil, ihre Auffassung entsprechend zu akzeptieren und je nachdem auch zu helfen. Ich sehe die Antwort des Stadtrats nicht ganz so negativ, wie zuvor geschildert wurde. Er sagt zwar, auf dem städtischen Gebiet wegen Ortsplanungsrevisionen usw. gebe es im Moment keinen Platz, weist dann aber auch darauf hin, dass, falls das Bedürfnis bestehen sollte, entsprechend auch Hilfestellung geboten und geschaut werde. Ich glaube, das ist die Kernaussage des Ganzen, dass sich der Stadtrat seiner Verantwortung sehr wohl bewusst ist. Und sollte es ein Bedürfnis sein und solche Anträge kommen, wird er sich sicher darum bemühen, dass man die Lebensart, den Lebensstil, die Auffassung eben von den Fahrenden mit ihren Autos, mit welchen sie Wagenburgen machen usw., das ist seit Jahrzehnten so, dass man sicher versuchen wird, Hilfestellung zu leisten und sie zu unterstützen. Fertig.

Luc Nünlist (SP): Danke meinen Vorrednern, danke, Heinz, für dein Votum. Ich gehöre, Matthias, zu den ekstatischen Befürwortern von alternativen Nutzungen öffentlichen Raums. Besonders, wenn man hier neue Nutzungen findet, alternativ zu Abstellplätzen von privaten Erdölverbrennern. Ich bin auch ein grosser Fan von Politikomik und Parkplätzen, das stimmt. Da haben wir schon viel Lustiges erlebt und viele lustige Parteien, die gerade den Untergang des Abendlands besungen haben, wenn für zuvor gratis genutzten öffentlichen Raum Gebühren erhoben wurden. Aber ich finde, das hat seinen Platz. da müssen wir auch ein wenig respektabel bleiben. Wir haben in der vorletzten Session, du und ich, im kantonalen Parlament über diese Thematik im Verwandten gesprochen, namentlich über Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Kanton Solothurn. Wir haben dort herausgefunden, wie wichtig es ist, dass wir uns dem auch stellen. Der Kanton Solothurn ist national der siebtmeist betroffene Kanton von gestellten Gesuchen von Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen bei drei Prozent der nationalen Bevölkerung. Wir sind sicher einer der Hotspots. Insofern haben wir eine besondere historische Verantwortung, die wir auch tragen müssen. Solch schwerwiegende Verletzungen von Grundrechten, begangen von den Vorläufern unserer Institutionen, von den kantonalen Behörden und kommunalen Institutionen, verpflichtet zu Respekt. Besonders gegenüber den Betroffenen, Nachkommen und Angehörigen. Ich finde es daher auch das Mindeste, dass wir nur auf Kosten von Opfern und Betroffenen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eigentlich nochmals überdenken und nicht hier im Rat bringen. [sic] Danke.

Simone Sager (FDP): Vivek, ich kann deine in deinem Votum gestellten Fragen beantworten. Was muss zur Verfügung gestellt werden? Ich habe diese Sachen erwähnt. Ich wiederhole es gerne. Welche Infrastruktur? Strom, Wasser, Grauwasserentsorgung, Toiletteninfrastruktur, Waschmöglichkeiten, Entsorgungsstellen und, wenn es möglich ist, zusätzliche, separate Entsorgungsstellen für quasi Spezialabfälle, welche die Fahrenden im Rahmen von Arbeitsaufträgen generieren. Das ist das, was ich ausfindig gemacht habe, einerseits im Internet und

mit persönlichen Gesprächen in Aarau. In Aarau habe ich mir den Fahrendenplatz selbst angeschaut. Also, ich habe hier nicht einfach ein Bli-Bla-Votum gehalten. Es entspricht dem. Sie haben dort eine riesige Hütte aufgestellt. Es hat dort sogar noch Briefkästen. Das ist kein Muss. Es gibt auch Fahrende, die gerne möchten, dass ein Fernsehanschluss zur Verfügung steht, denn wenn sie sich anmelden, müssen sie Gebühren zahlen. Das hat es dort nicht und es ist auch nicht Pflicht. Aber das, was ich am Anfang gesagt habe, ist das, was gestellt werden muss. Du kannst die Anfrage gerne an die Stadt Olten stellen, und schauen, ob du dort die gleiche Antwort bekommst.

Vivek Sharma (OJ): Danke, Simone. Wir hätten uns gewünscht, dass der Stadtrat auch eine vertiefte Antwort gibt. Aber danke vielmals.

Jann Frey (GO): Danke vielmals für die Ausführungen, was an einem Standplatz zur Verfügung gestellt werden soll. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier auch noch erwähnen, dass die Fahrenden die entsprechenden Benutzungsgebühren der Gemeinde zahlen. Nicht, dass der Eindruck entsteht, dass diese Sachen gratis zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist sicher ein Anfangsaufwand, es bereitzustellen, kann aber danach kostenneutral betrieben werden. Es ist mir wichtig, dass wir das hier noch erwähnen. Danke vielmals.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich danke für die spannende Diskussion und die engagierten Voten. Danke auch für die historische Einbettung, Stefanie Kurt. Die Schweiz hat in der Vergangenheit wirklich kein Ruhmesblatt abgegeben in ihrem Umgang mit Menschen, die vielleicht nicht entsprechenden Bildern oder der Einschätzungen der Gesellschaft standgehalten haben. Natürlich haben wir gewisse Standorte geprüft. Ich wäre aber trotzdem froh, Vivek, wenn wir es vielleicht als kleine Anfrage haben könnten. Die Sportstrasse beispielsweise hat man angeschaut, diese käme nicht in Frage. Dort hat man übrigens einen Platz für Camping. Es ist ein Feriencamping mit bescheidener Infrastruktur, aber das ist natürlich nicht das Thema des Vorstosses. Wir würden das gerne liefern. Matthias, du hast noch die Frage betreffend Parkplätze eingebracht. Es kann natürlich auch ein unbefestigter Parkplatz sein. Auch auf einer festen Rasenfläche wäre denkbar. Es muss nicht immer ein versiegelter Raum oder eine versiegelte Bodenfläche sein für einen Standplatz. Es könnten in dem Sinn auch Grünflächen sein. Das Problem dort ist das Gewicht der Fahrzeuge, dass es Probleme geben kann, insbesondere wenn es nass wird. Das vielleicht noch zur Ergänzung.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bleibt mir die Frage nach der Zufriedenheit an die Interpellanten.

Stefanie Kurt (SP): Ich gebe gerne eine Antwort. Das Fazit ist, die Antworten sind enttäuschend und unbefriedigend. Danke.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Januar 2026

Prot.-Nr. 29

Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Schrittweise Aufhebung der Taxigebühren/ Beantwortung

Am 19. Dezember 2024 hat die SVP-Fraktion folgenden Auftrag zuhanden des Stadtrates eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, die entsprechenden Massnahmen einzuleiten, um die Gebühren für Taxidienste (insbesondere Taxikonzession) schrittweise bis 2028 auf null zu senken.

Begründung:

Taxistände mit ihren Konzessionspflichten sind ein Modell, das sich nicht mehr lange halten wird und keinen Sinn mehr ergibt. Daher ist es zwingend, dass unser lokales Gewerbe gegenüber unabhängigen Fahrdiensten wie «Uber» gleich lange Spiesse hat und nicht länger mit unzeitgemässen Gebühren belastet wird.

Taxis werden insbesondere von älteren Bewohnerinnen und Bewohnern genutzt. Nur durch den Wegfall der Gebühren können wir ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Der Stadtrat wird aufgefordert, die Konzessionsgebühr schrittweise zu senken. Die kontinuierliche Anpassung auf null bis 2028 wird gefordert, damit die Verwaltung die Strukturen entsprechend anpassen kann. Eine schnellere Umsetzung wäre wünschenswert. Davon profitieren nicht nur unsere lokalen Fahrdienste, sondern auch die Fahrgäste, die Dienstleistungen dadurch günstiger in Anspruch nehmen könnten.

Gemäss der Statistik der Schweizer Städte weist Olten mit 420 Personenwagen pro 1000 Einwohner einen sehr niedrigen Wert auf. Zudem ist Olten laut SBB-Statistik die Stadt mit der höchsten GA-Dichte der Schweiz. Diese Daten belegen, dass unsere Stadt nicht nur ein Interesse, sondern sogar einen Anspruch hat, in der Mobilität eine Vorwärtsstrategie zu verfolgen.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Derzeit wird für eine Taxikonzession II (mit Recht für Taxistandplatz) CHF 1'200 und für eine Konzession I (von privatem Grund aus) CHF 600 pro Jahr verrechnet. Zusätzlich wird eine Bewilligung für Chauffeure von CHF 100 erhoben. Die städtischen Einnahmen der Konzessionen betrugen im Jahr 2023 CHF 33'600 und für die Taxichauffeurbewilligungen kamen CHF 1'500 zusammen.

Diesen Einnahmen steht eine Leistung gegenüber. Der Bereich Verkehr kümmert sich intensiv um die Belange des Taxiwesens. Nebst diversen Besprechungen, Newslettern, Abklärungen, Befragungen mit Protokoll, der Erteilung von Taxichauffeurbewilligungen, Taxikontrollen, und weiterem, findet einmal jährlich eine Taxikonferenz mit sämtlichen Konzessionären statt. Aktuell wird mit einem jährlichen Stundenaufwand von 150 – 200 Arbeitsstunden pro Jahr gerechnet. Vonseiten des Taxigewerbes werden diese Leistungen nach eigenen Angaben durchaus geschätzt.

Der Stadtrat teilt nach Rücksprache mit Konzessionären die Meinung nicht, dass Taxistände mit ihren Konzessionspflichten ein auslaufendes Modell seien. Vielmehr sind die mit der Konzession einhergehenden Privilegien beizubehalten. So können die Konzessionäre durch die mit dem Oltnen Signet markierten Taxikennbalken – teilweise mit Namen, Telefonnummer und weiteren Angaben des Taxiunternehmens – den Kunden ein geordnetes, bedarfsgerechtes Taxiwesen sowie kundenfreundliche und qualitativ hochstehende Taxidienstleistungen signalisieren. Die klar als Taxi identifizierbaren Fahrzeuge ermöglichen auch das spontane Zurufen. Nicht konzessionierte Taxidienstleister wie beispielsweise Uber sind von aussen nicht als solche erkennbar, womit das «Wischen» (herumfahren auf der Suche nach Passagieren) aufgrund des App-basierten Geschäftsmodells nicht möglich und überdies nicht zulässig ist.

Ferner gewährt die Taxilizenz das Recht, ihre Fahrzeuge auf die öffentlichen Taxistandplätzen zu stellen und von dort Kunden/innen aufzunehmen. Für den neuen Bahnhofplatz Olten nach dem geplanten Umbau wünschen sich die Konzessionäre gar die Erweiterung des Taxistandplatzes. Insbesondere ältere Personen begrüssen die Stellplätze am Bahnhof und die Möglichkeit, dass Sie vor Ort direkt in ein Taxi einsteigen können und nicht zuerst eine Fahrt via App buchen müssen. Überdies sind auch bei den Konzessionären Entwicklungen im Gange, welche zusätzlich eine Buchung per App ermöglichen sollen.

Mit den exklusiven Stellplätzen erhalten die Konzessionäre gegenüber auswärtigen Unternehmen auch einen Wettbewerbsvorteil. Dieser Vorteil zusammen mit den Dienstleistungen der Stadtverwaltung sollte auch zukünftig finanziell abgegolten werden.

Aufgrund dieser Erwägungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag in Form eines Prüfungsauftrags nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Matthias Borner, Auftraggeber: Das Geschäft war schon manches Mal auf der Traktandenliste. Ich war schon im Startblock in der Startposition und durfte einfach nicht loslegen. Heute ist es endlich so weit. Ich habe Gespräche geführt und so wie es aussieht, wird keine Mehrheit für diesen Auftrag sein. Ich versuche trotzdem noch einmal zu sagen, warum dieser Auftrag gekommen ist und warum es schade ist, dass man es so macht. Das Problem der heutigen Politik ist, dass man ein bisschen gegenwartsverliebt ist und die Zukunft vergisst. Das merkt man im Umgang mit neuen Technologien wie Uber. Wir hätten in Olten super Voraussetzungen gehabt. Die Stadt Olten war die vierte Gemeinde in der Schweiz, die Uber zulies. Zuerst Genf, dann Lausanne und Zürich. Das letzte Mal habe ich noch Luzern gesagt, aber es ist effektiv so, dass wir sogar vor Luzern waren. Warum war das möglich? (Übrigens gegen den Willen des Stadtrats.) Damals war OJ neu im Parlament. Dort hat eine Koalition zwischen Daniel Kissling (OJ), Christian Ginsig von der GLP und mir die Köpfe zusammengestreckt und wir haben sehr lange Verhandlungen gemacht für ein Taxireglement, das Uber zulässt. Aufgrund dieser Koalition haben wir durchgebracht, dass man in Olten Uber zulässt. Es ist einfach sehr schade, dass man diese Möglichkeit nicht gepackt hat. Wenn ihr nun schaut, die selbstfahrenden Autos, wo sind die jetzt? Die sind in Luzern. Es ist kein Zufall, dass Luzern ausgerechnet eine der ersten Gemeinden ist, die Uber zulässt. Jetzt ist es so, dass sogar Solothurn es bereits zulässt. Man hat jetzt schon viel Zeit verloren, weil der Stadtrat das nicht als Chance angeschaut hat. Mir ist klar, das hätte nicht den wirtschaftlichen Aufbruch der Stadt Olten gebracht. Aber es hätte einfach die Möglichkeit gegeben, dass man hier etwas Neues mit neuen Technologien macht und vor allem den Taxiunternehmern auch gleiche Spiesse anbietet, indem man die Gebühren senkt. Früher oder später werden die Leute das Taxi per App bestellen. Sie wollen dort abgeholt werden, wo sie sind, und wollen dort hinfahren, wo sie hinwollen. Ein Taxistand: Ich bin mir ziemlich sicher, dass Leute unter 25 gar nicht mehr wissen, was ein Taxistand ist. Das wird noch fünf Jahre dauern, vermutlich nicht viel länger, dann wollen die Leute dort abgeholt werden. Wenn man jetzt den Taxiunternehmen die Gebühren wegnimmt, haben sie das Geld, um zu investieren, um auf die neue Technologie zu

setzen. Aber ich mache mir da nicht so grosse Hoffnungen. Dann ich habe dies beim Gebührenreglement ja auch als Antrag gestellt. Und von der grünen Seite hat Lukas Lütolf gesagt, dass ich dich eigentlich überzeuge, aber weil es von der SVP kommt, bräuchtest du vielleicht ein bisschen mehr Bedenkzeit und hast vorgeschlagen: Mach doch einen Antrag. Aufgrund dessen habe ich den Auftrag gestellt. Es ist schon sehr lange her. Du warst damals noch Jungpolitiker. Das wäre für Olten eigentlich eine Chance gewesen. Ich verstehe, dass der Stadtrat diese Gebühren so lange wie möglich noch «herausdrücken» möchte. Irgendwann wird es hier Interpellationen geben, warum hier Leute mit Aargauer Nummer die Leute abholen. Ja, weil sie halt mit Apps arbeiten. Aber wir können das tote Pferd noch etwas reiten und schauen, dass diese Gebühren reinkommen. Plötzlich stellen wir fest, es kommen fast keine Gebühren mehr rein. Ich werde dann vermutlich nicht mehr hier sein. Ich bin sehr gespannt, was die Antwort dieser Interpellation dann sein wird. Es ist einfach schade. Gebt euch einen Ruck. Schaut es euch nochmals an. Taxigebühren sind von gestern, alle wissen das. Es macht auch gar keinen Sinn, diese weiterhin einzuziehen. Vielen Dank.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Wir kommen von den Parkplätzen zu den Stellplätzen, gewissermassen, Matthias. Die Jungen wissen vielleicht nicht, was ein Stellplatz ist, aber sie wissen, wo die Züge ankommen und wo die Flugzeuge landen. Dort hat es meistens auch Taxisstände. Im Ernst, mit dieser Gebühr ist auch eine Leistung verbunden. Einerseits, dass es diese Stellplätze gibt, wo die konzessionierten Taxifahrerinnen und -fahrer ihr Fahrzeug abstellen können. Es hat auch einen Balken, also eine Sichtbarkeit, eine Visibilität und auch Kontrollen. Was wir regelmässig machen, ist auch die Taxikonferenz, übrigens hier in diesem Saal, wo wir Themen aufnehmen, wo der Schuh drückt, wo Probleme und Herausforderungen entstehen. Sie entstehen nicht bei den Gebühren. Das wurde mir/uns so nicht zugetragen. Das grösste Problem bei den Taxifahrern ist die Toilette. Aber jetzt mit dieser Gratis- oder mit dieser Öffnung am Bahnhof und mit dem Umbau des neuen Bahnhofs kann man das sicher noch einmal verbessern. Aber es ist auch eine Leistung verbunden mit dieser Konzession. Es kostet etwas. Natürlich wollen wir nicht auf diese Einnahmen verzichten. Das stimmt. Und es ist damit auch ein gewisser Aufwand verbunden. Es ist eine Leistung, die kostet, wofür man zahlt. Insofern finden wir es gerechtfertigt und würden euch empfehlen, diesen Prüfauftrag nicht erheblich zu erklären.

Simon Bloch, Fraktion FDP: Es wurde schon gesagt, eine Gebühr beruht auf dem Leistungsprinzip. Das heisst, wenn die Stadt eine Leistung erbringt, darf man im Gegenzug auch eine Gebühr verlangen. Das gilt auch für das Taxiwesen. Die Plätze werden bewirtschaftet, kontrolliert und sie befinden sich an den zentralsten Örtlichkeiten in Olten. Die Erhebung von Taxikonzessionen ist nicht unzeitgemäss, sondern ganz im Sinne des Liberalismus. Daher eine ganz faire Sache. Die Möglichkeit beispielsweise mit der Konzession 2 Taxisstände zu benutzen, bietet gegenüber den neueren Fahrdiensten (z.B. Uber) klare Vorteile. Und wer diese Vorteile in Anspruch nehmen möchte, der soll auch etwas dafür zahlen. Dank der Taxigebühren gibt es klare Regeln, erkennbare Fahrzeuge und einen geordneten Betrieb. Und wer schon einmal versucht hat, im strömenden Regen via App das nicht konzessionierte Fahrzeug zu bestellen, der weiss, dass ein leuchtendes Taxi-Schild manchmal Gold wert ist. Die Konzession schützt nicht nur das Gewerbe, sondern auch die Kundschaft. Insbesondere eben diejenigen ohne 5G und ohne Geduld. Der Gebührenabbau mit Uber zu begründen, ist etwa so sinnvoll, wie Parkgebühren mit dem Veloverkehr zu vergleichen. Es ist einfach ein unterschiedliches Modell und unterschiedliche Modelle führen halt einfach zu unterschiedlichen Regeln. Wir sagen darum, wer die Privilegien der Taxistandplätze nutzt, von denen darf erwartet werden, dass sie einen kleinen Beitrag leisten. CHF 35'000 an Einnahmen sind für Olten nicht einfach nur ein Pappenstiel. Wenn man das abschaffen will, ohne Gegenfinanzierung, heisst das, dass jemand anderes dafür aufkommen muss. Das wollen wir nicht. Der Auftrag will ein funktionierendes System abschaffen, das selbst bei den Betroffenen, d.h. bei den Taxiunternehmen, gut ankommt. Wir haben Kenntnis davon, dass die Konzessionäre die Zusammenarbeit mit der Stadt loben und dass sie sich sogar eine Erweiterung der Standplätze wünschen. Der Oltner Taxibetrieb funktioniert, bietet einen Mehrwert und wird korrekt abgegolten. Das Argument, das System sei überholt, überzeugt

nicht und darum wird die FDP-Fraktion diesem Auftrag voraussichtlich mehrheitlich nicht zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Yael Schindler Wildhaber, Fraktion GO/JGO: Es tut mir leid, dass bei uns niemand von den Jungen spricht, sondern jemand von den alten Grünen. Ich muss gestehen, ich bin wirklich altmodisch. Ich rufe ab und zu ein Taxi und ich habe Uber noch nie benutzt. Von dem her kann ich auch nicht mitreden, wie es ist, wenn man einen Uber benutzt. Was ich aber weiss, es wurde schon mehrmals benannt, die Leistungen [sic] sind gerechtfertigt und darum werde ich nicht wiederholen, was die Leistungen sind, die sie für diese Taxigebühr erhalten. Aufgefallen ist mir, dass die Taxifahrer selber finden, die Gebühr sei gerechtfertigt. Ogün Bektas vom Taxiunternehmen Aare Taxi Bur wurde im OT vom 8. Januar 2025 mit folgenden Worten zitiert: «Ich zahle gerne Konzessionsgebühren, wenn die Stadtverwaltung für uns sorgt und unser Gewerbe vor unlauter Konkurrenz geschützt.» Weiter hat er ausgeführt, dass er Angst hätte, dass ohne Konzessionsgebühren am Taxistand beim Bahnhof keine Kontrollen mehr durchgeführt würden. Das ist das, was auch schon gesagt wurde. Von dem her scheint es wirklich Sinn zu machen. Wie gesagt, ich brauche ab und zu ein Taxi und ich bin wirklich froh, dass wenn ich ein Taxi rufe, ich weiss, es ist eine Person, die kontrolliert ist, es ist eine Person, die ausreichend Ortskenntnisse hat, auch ausreichend Deutschkenntnisse und ich kann dieser Person vertrauen. Und darum bin ich froh. Es ist bekannt, dass Uber eine grosse Konkurrenz für Taxifahrer ist. Das habe sogar ich mitbekommen. Es ist ebenfalls bekannt, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat kein kantonales Taxi-Gesetz haben möchten, welches Uber und den Taxis die gleichen Regeln gibt, was natürlich aus meiner Sicht sinnvoll wäre. Und es ist auch bekannt, dass wir in Olten ein Taxi-Gesetz haben. Darum, dieses Taxi-Gesetz, das könnten wir anpassen und wir könnten den Uber-Fahrern und Fahrerinnen auch gewisse Regeln geben und ich habe das Gefühl, dass wir dort anfangen müssten, dass auch sie eine Gebühr zahlen müssen, dass auch sie kontrolliert werden. Dass das möglich ist, zeigt die Stadt Bern. Dort werden nur lizenzierte Uber-Fahrer und -Fahrerinnen zugelassen und ich denke, das ist der Punkt, wo wir ansetzen müssen, wo wir auch den Prüfauftrag machen könnten. Ich wäre da auch sehr gerne bereit, und Lukas auch, dass wir zusammen einen Prüfauftrag in diese Richtung ausarbeiten und schauen, wie wir Lösungen für Taxifahrer und Uber-Fahrer und -Fahrerinnen finden könnten. In diesem Sinne wird unsere Fraktion den vorliegenden Auftrag ablehnen, aber wir bieten, wie gesagt, Hand für andere Lösungen. Vielen Dank.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: OJ lehnt diesen Auftrag ab. Matthias, für wen machst du hier eigentlich Politik? Offensichtlich nicht für das lokale Taxigewerbe. Denn die Konzessionäre schätzen die städtischen Leistungen und wollen mehr Standplätze, nicht weniger Regulierung. Gleich lange Spiesse mit Uber heisst, unsere Standards zu senken, statt die von Uber zu erhöhen. Wenn es dir wirklich wichtig ist, faire Bedingungen zu schaffen, könntest du dich z.B. im Kantonsrat für eine griffige Regulierung von Plattformfahrdiensten einsetzen. Aber mehr Regulierung fordern, passt vermutlich nicht so in deine Politik. Wir finden: Nicht erheblich erklären.

Manfred Schoger, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Matthias hat es zuvor gesagt, dass er früher mit Christian Ginsig schon einmal die Köpfe zusammengesteckt hat. Ich habe mir erlaubt, weil das für Christian Ginsig auch ein wichtiges Thema ist, mit ihm noch einmal Rücksprache zu halten. Wenn man im Internet nach Taxis und nach dem Oltner Tagblatt sucht, erkennt man innerhalb von Millisekunden, dass es ein sehr heisses Thema ist, das wir hier haben. Es gibt etliche Artikel darüber und es gibt etliche Ideen, was mit dem Taxigewerbe läuft und was nicht. Was ich auch gefunden habe, ist ein Artikel, wo zu lesen ist, dass ein Oltner-Taxi-Chauffeur den Kunden Heinz Eng damals abblitzen liess, weil die gewünschte Transportstrecke zu kurz sei. Die Rückmeldung war, das ginge gar nicht. Das Taxireglement, das eigentlich für die Vergabe der Konzession zu erfüllen ist, besagt eine Transportpflicht. Gleichzeitig zeigt das Beispiel aber auch ganz klar einen wunden Punkt auf. Das Taxigewerbe war in den letzten Jahren stark im Wandel. Durch andere Dienste, wie zum Beispiel Uber, hat es eine neue Konkurrenz gegeben, welche nach ganz anderen Spielregeln spielt. Sie haben keine Konzessionen, sie bezahlen keine Sozialabgaben und Transportangebote können zu tieferen Preisen angeboten werden. So ist es kein Wunder, dass Transportanfragen bei Taxibetrieben trotz Beförderungspflicht

abgelehnt werden, weil die Strecke zu kurz sei. Dieses Beispiel wurde im OT mehr als nur einmal erwähnt. Das hat dann aber auch dazu geführt, dass sich Taxiunternehmen aus Mangel an Rentabilität aus Olten zurückgezogen haben. Die Idee der Konzession ist ja unter anderem, dass es durch die Vergabe von fixen Stellplätzen, zum Beispiel am Bahnhof, Vorteile gibt. Zugreisende könnten direkt umsteigen und weiterfahren. Taxis könnten teilweise auch einen öffentlichen Verkehrsdienst anbieten. Dadurch, dass die Taxis an den zentralen Stellplätzen zur Verfügung stehen, können sie entsprechend genutzt werden. Wie ich es zuvor gesagt habe, dadurch, dass sie den Zweck eines öffentlichen Verkehrs erfüllen, können Leute, die zum Beispiel im Weingarten zuhause sind, zum Arzt gehen oder Medikamente holen. Und genau wie wir es zuvor schon gehört haben: Taxibetriebe schätzen es, wenn sie Konzessionen zahlen können und damit auch Schutz vor den fremden Fahrenden haben. Aber unsere Rückmeldung ist so, dass dieser Schutz eben nicht gegeben ist. Die Realität hat gezeigt, dass die öffentlichen Stellplätze nicht mehr unbedingt ein ausschlaggebendes Kriterium sind. Überfahrer warten dann einfach auf privaten Parkplätzen oder sonst irgendwo und kommen dann in kurzer Zeit an den Bahnhof, wenn sie gebraucht werden. Man hat es schon gesehen, dass sie einfach auf der anderen Seite der Bahnbrücke in der Nähe des Stadttheaters warten und sehr schnell an den Bahnhof kommen. Und wenn dann Leute morgens um 2 Uhr aus dem Terminus kommen, können sie die Fahrer von Uber auch gleich brauchen und müssen nicht einmal mehr bis zum Bahnhof gehen. Der Vorstoss der SVP will die ungleiche Situation wieder etwas gleicher machen und damit eigentlich das lokale Taxigewerbe stützen, sodass die Taxifahrer ihren Job dann auch behalten und sicherstellen können, dass in ihre PK und in ihre AHV eingezahlt wird. Wenn sie für Uber fahren, dann ist das nicht unbedingt der Fall und es könnte sein, dass sie später sogar mal auf Sozialgeld angewiesen sein könnten. Zur Erinnerung: Der Vorstoss von Christian Ginsig, den man hier auch besprochen hat, der hatte ja auch zum Ziel, dass man die einheimischen Taxifahrer etwas bevorteilen kann, unterstützen könnte, indem man ihnen eigentlich sagt, dass sie die Poller, die im Säli-Quartier aufgebaut worden sind, überfahren dürfen, so wie der ÖV auch. Und eine grosse Mehrheit hat den Vorstoss damals unterstützt. Also, von dem her sollte ja eigentlich schon das Interesse da sein, dass man das Taxigewerbe entsprechend unterstützen kann. Das, was ich bis jetzt gesagt habe, unterstützen aber nicht alle in unserer Fraktion. Es gibt eine Minderheit, die der Meinung ist, dass die Vorteile, die durch die Konzessionen und Gebühren gegeben seien, viel stärker zu gewichten seien und dass nach wie vor ein Vorteil gegeben ist gegenüber Unternehmen wie Uber und dass die Stellplätze wichtig seien, dass es Koordinationsarbeiten gäbe und dass sogar Werbung gebraucht werden könnte. Gleichzeitig wird auch noch einmal der Punkt angeschaut, dass sich das Taxigewerbe weiterentwickelt. Auch da wurde erwähnt, dass damit zu rechnen ist, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren weitere Robotaxis kommen werden, so wie man es aus den USA kennt und auch schon in der Schweiz sieht. So wurden bereits erste Pilotprojekte im Kanton Zürich und im Kanton Aargau aufgelegt für dieses Jahr. Vielen Dank.

Stefanie Kurt, Fraktion SP/JSP: Vielen Dank. Ich darf jetzt noch einmal zu Parkplätzen sprechen und ich mache es eigentlich sehr kurz, weil die meisten Argumente bereits ausführlich diskutiert worden sind, und wir müssen uns ja auch nicht ständig wiederholen. Die SP/JSP-Fraktion schliesst sich den Argumenten des Stadtrats an und wird darum den Auftrag einstimmig als nicht erheblich erklären.

Matthias Borner (SVP): Also eben, erstens ist ja klar, dass das Vertrauen in den freien Markt eben auf den Flanken hier nicht so gross ist. Dass man es regulieren muss, dass gute Fahrer und schöne Autos die Leute abholen. Aber bei Uber habt ihr Bewertungen, ihr könnt schauen, was für ein Auto es ist. Ihr wisst im Voraus, was es kostet. Es ist nachvollziehbar. Die Sicherheit ist sehr gross. Das ist übrigens ein wichtiges Thema, auch in den USA, weil alles nachvollzogen werden kann. Und jetzt bei der FDP bin ich schon etwas schockiert, dass man es als liberalen Wurf anschaut, wenn man Gebühren einziehen kann. Also, liberal ist etwas ganz anderes, indem man wirtschaftlich das Feld öffnet und die Regulierung so macht, dass man neue Firmen ansiedeln kann. Als ich das erste Mal in Estland war, das war etwa vor 12 Jahren, habe ich gedacht, geht es eigentlich noch? Man hatte überall WLAN. Selbst bei Touren. Und ich dachte, das braucht es doch nicht. Und es ist kein Zufall, dass nachher dort

«Bolt» entstanden ist. Es ist einer der grossen Taxi-Unternehmen, die jetzt auch in die Schweiz expandieren. Wenn man offen ist für neue Dinge und den Raum auch gibt, dann entwickelt es sich, je nachdem, auch etwas daraus. Aber ich habe schon gemerkt, man hat Angst davor, man will lieber Uber verbieten, man will es wegregulieren. Auch noch ein Kommentar zu diesem Taxi-Unternehmen. In Olten ist die Situation so, dass es nur noch einen Grossen gibt, seit Sigrist nun auch weg ist. Und er hat eben in diesem Interview auch gesagt, er will eigentlich Uber verbieten. Somit hätte er ein Monopol. Also er hat ja quasi schon ein Monopol, weil er der einzige Grosse ist. Also hat er da schon auch ein gewisses Eigeninteresse. Er hat mich zwar angerufen und gesagt, die Zeitung hätte ihn falsch verstanden, er habe das nie so gesagt und so. Aber daraus wollte ich jetzt eigentlich nicht noch eine grosse Sache machen. Ich halte fest: In Olten ist halt der Mut für die Unterdurchschnittlichkeit, und vielleicht ist ja das auch gut so. Schauen wir mal, wie sich das weiterentwickelt. Aber die Entwicklung wird sich nicht aufhalten lassen und man kann sie auch nicht wegregulieren.

Simon Bloch (FDP): Ja, Matthias, nur kurz, da du meine Fraktion direkt angesprochen hast. Noch einmal: Du vergleichst einfach zwei ganz unterschiedliche Modelle. Taxis dürfen Standplätze benutzen und Uber nicht. Man kann das einfach nicht vergleichen und es ist sicher nicht im Sinn der FDP, dass man Uber verbieten will. Selbstverständlich nicht. Am Schluss soll der freie Markt entscheiden, wer von beiden – oder beide – überleben, oder ob am Schluss die Robotaxis überleben. Aber solange die Stadt für etwas eine Leistung erbringt, soll auch dafür bezahlt werden. Wie gesagt: Uber darf die Leistung nicht in Anspruch nehmen und muss entsprechend auch nicht zahlen. Entsprechend haben sie aber auch einen Wettbewerbsnachteil. So einfach ist es.

Heinz Eng (FDP): Ich bin angesprochen worden. Ich habe einschlägige Erfahrung mit Taxis, die mich nicht befördern oder nicht befördert haben. Ich weiss auch nicht, ob Uber mich befördert hätte. Das wüsste ich nicht. Aber Matthias, du irrst, wenn du sagst, dass das nicht liberal ist usw. Der Dings der Wirtschaft ist die Prämisse gleich langer Spiesse. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Uber nachher plötzlich gleich lange Spiesse haben sollte, wie die konzessionierten Unternehmungen. Wenn ihr in der Grossstadt gewesen seid, dort funktioniert eigentlich nur Uber. Das ist so. Die, die noch nie mit Uber gefahren sind, müssen sich folgendes vorstellen. Ihr ruft Uber an, ihr müsst euch registrieren mit Namen und allem. Da hat Matthias recht. Die Sicherheit. Ich habe mit mehreren Taxi-Chauffeuren von Uber gesprochen, sie verdienen etwas weniger. Aber sie wissen genau, wer bei ihnen ins Auto steigt. Der muss seinen Namen hinterlegen und eine Telefonnummer. Dann Uber. Ich weiss nicht, welche Uber-Erfahrungen du hast. Uber-Taxis brauchen gar keine Standplätze. Die fahren einfach im Zeugs herum usw. Da kommen die Anrufe und das nächstgelegene Uber-Taxi steuert dann den Kunden an und nimmt ihn mit und bringt ihn dort hin. Und das wechselt immer. Die Taxis der Fahrer werden laufend übergeben. In diesem Sinne sehe ich das nicht ganz gleich. Ich bin da eher der Meinung, dass es das so nicht braucht. Und ich werde das ebenfalls nicht erheblich erklären. Fertig.

Beschluss

Mit 28 : 10 Stimmen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Schrittweise Aufhebung der Taxigebühren - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

10 JA 0 ENTH. 28 NEIN

Einzelergebnis

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Huber	Christian	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	JA
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Huber	Silvia	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	NEIN
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	NEIN
Casura	Lara	Olten jetzt!	NEIN
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	NEIN
Schöni	Laura	Olten jetzt!	NEIN
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	NEIN
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	NEIN
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	NEIN
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	NEIN
von Arx	Christine	SP/Junge SP	NEIN
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	NEIN
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	NEIN
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA
Schor	Christine	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Januar 2026

Prot.-Nr. 30

Überparteilicher Prüfauftrag betr. sichere Fahrradabstellplätze am Bahnhof Olten, Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 19. Dezember 2024 wurde ein überparteilicher Prüfauftrag der Erstunterzeichnenden Robin Kiefer und Lukas Lütolf, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und an welchen Orten am Bahnhof Olten und in der näheren Umgebung fest installierte und sichere Fahrradständer errichtet werden können. Sofern möglich, sollen dabei Synergien mit der geplanten Neugestaltung des Bahnhofplatzes genutzt werden.

Begründung

Viele Oltnerinnen und Oltner nutzen tagtäglich das Fahrrad, um damit zum Bahnhof Olten zu fahren und von dort aus mit dem Zug zur Arbeit zu pendeln. Die aktuellen Aare seitig vorhandenen Abstellplätze für Fahrräder sind in der Regel stark ausgelastet und bieten oftmals nicht die Möglichkeit, das Fahrrad an einen fest verankerten Ständer anzuketten. Gerade das Anketten an einem Ständer verhindert jedoch das einfache Wegtragen von Fahrrädern und bietet damit einen gewissen Schutz vor Fahrraddiebstahlen. Auch tragen Fahrradständer zu einer besseren Ordnung der abgestellten Fahrräder bei und verhindern das Umfallen mehrerer nebeneinander abgestellter Fahrräder.

Den Unterzeichnenden ist bewusst, dass die Installation von fest verankerten Ständern insgesamt zu weniger Abstellplätzen führen wird. Deshalb soll ebenfalls geprüft werden, ob die dadurch wegfallenden Abstellplätze an anderen Orten am Bahnhof oder in der näheren Umgebung (z. B. beim Stadttheater) kompensiert werden können. Da die geplante Neugestaltung des Bahnhofplatzes in absehbarer Zeit umgesetzt wird, soll geprüft werden, inwiefern dabei Synergien genutzt werden können. Das Ziel soll dabei sein, dass am Schluss genügend sichere Fahrradabstellplätze zur Verfügung stehen.»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Auf der Ostseite des Bahnhofes Olten besteht die Velostation Tannwaldstrasse mit 720 Abstellplätzen. Zusätzlich zu den Abstellplätzen für Sonderfahrzeuge (Liegevelos, Velos mit Anhängern oder Gepäckvorrichtungen) stehen noch Doppelstockanlagen, mit speziellen Stangen für die Absperrketten, zur Verfügung. Alle sind unterirdisch, gedeckt und zeitweise überwacht.

Auf der Westseite des Bahnhofes Olten besteht die Velostation Bahnhofplatz mit 600 Abstellplätzen in Doppelstockanlagen mit Befestigungsbügeln für die Absperrketten. Zusätzlich bestehen 120 Abstellplätze in einem abgesperrten, umzäunten Bereich zum Mieten. Auch diese sind überdacht und zeitweise überwacht.

Auf der Aareseite (Bushaltestelle nach Aarburg) bestehen 120 Abstellplätze in Doppelstockanlagen mit Befestigungsbügeln für die Absperrketten. Diese sind zwar gedeckt, aber nicht überwacht. Neben dieser Doppelstockanlage können bis 100 Velos auf dem Platz rund um den Trinkbrunnen abgestellt werden. Hier sind keine Bügel für die Absperrketten vorhanden. Wird dieser Bereich mit Bügeln ausgestattet sinkt die Anzahl der Abstellplätze auf rund 75 Velos. Die Ordnung kann durchaus verbessert werden, wovon alle Nutzer profitieren würden, da nicht alle Fahrzeuge kreuz und quer stehen. Die Kosten für die Nachrüstung (Bügel und Fundamente) wird auf Fr. 60'000.00 veranschlagt.

Im Projekt «Neuer Bahnhofplatz Olten» sind 1'500 Abstellplätze vorgesehen, 1'400 davon sind in Doppelstockanlagen mit Bügeln für die Absperrketten bestimmt. Rund 100 Plätze sind für Sonderfahrzeuge geplant. Ein Teil der Plätze wird für die Vermietung abgesperrt und umzäunt. Alle Plätze werden unterirdisch, gedeckt und zeitweise überwacht sein.

Aufgrund dieses Projekts müssten jedoch die neu installierten Bügel nach kurzer Zeit wieder entfernt werden, womit sich die Baukosten kaum rechtfertigen lassen. Der Stadtrat ist jedoch gewillt zu prüfen, ob sich in Bahnhofsnähe alternative Standorte anbieten und so noch bis zum Baustart die Abstellplätze am Bahnhof potenziell entlasten.

- - - -

Robin Kiefer, Auftraggeber: Es ist eine Weile her, seit Lukas und meine Wenigkeit den Auftrag eingereicht haben, mit dem Hintergrund, dass sichere und in genügend grosser Anzahl vorhandene Velo-Abstellplätze in Bahnhofsnähe immer wieder ein Thema bei der Oltnrer Bevölkerung sind. Einerseits ist die Geschichte bekannt. Velodiebstähle waren in den vergangenen Jahren immer wieder ein Thema, auch hier bei uns im Parlament und bei den Oltnrerinnen und Oltnern. Ein ärgerliches und unschönes Thema, wovon etliche Leute direkt betroffen sind oder beschäftigt. Andererseits ist bekannt, dass die Velo-Abstellplätze beim Bahnhof und in der näheren Umgebung stark ausgelastet sind und nicht selten Fahrräder, gerade beim aareseitigen Velo-Abstellplatz, quer durcheinander abgestellt werden. Auf Basis dieses Hintergrunds haben Lukas und ich diesen Prüfauftrag ausgearbeitet. Ziel ist es, dass beim Bahnhof und in der näheren Umgebung genügend sichere Velo-Abstellplätze zur Verfügung stehen. Das kann mit den genannten, fest installierten Fahrradbügeln erreicht werden. Mithilfe dieser fixen Installation können die Fahrräder direkt an diese Ständer angekettet werden. Das verhindert natürlich nicht gänzlich, dass Fahrräder gestohlen werden können, schützt aber doch ein Stück weit gegen Velodiebstähle, wenn Velos einfach weggetragen werden. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass durch die Veloständer eine gewisse Ordnung erreicht werden kann und die Fahrräder nicht mehr kreuz und quer herumstehen. Aktuell wird der finanzielle Aufwand dieser Installation auf CHF 60'000 beziffert. Gemäss den mir bekannten Informationen kostet so ein Fahrradbügel ca. CHF 400 plus ca. CHF 200 für die Montage. Ich gehe davon aus, dass bei der Installation von einer grösseren Menge an Fahrradständern ein gewisser finanzieller Optimierungsspielraum herausgeholt werden kann. Ein weiterer Punkt, den es zu erwähnen gilt, ist der aktuell geplante Umbau des Bahnhofplatzes. Es ist klar, dass mögliche Synergien sinnvoll genutzt werden sollen, auch um allfällige Doppelspurigkeiten zu verhindern. Es macht natürlich wenig Sinn, Veloabstellplätze zu erschaffen, die kurz darauf aufgrund von Umbauten wieder entfernt werden müssen. Darum schreibt der Stadtrat auch selber in seiner Antwort, dass er prüfen will, ob in Bahnhofsnähe alternative Standorte vorhanden wären, um Veloabstellplätze zu realisieren, damit der Bahnhof entsprechend entlastet werden kann. In diesem Sinn würden wir uns freuen, wenn ihr unseren Prüfauftrag unterstützt. Vielen Dank.

Stadträtin Marion Rauber: Der Stadtrat stützt das Anliegen der Auftraggebenden nach sicheren Veloabstellplätzen ausdrücklich, auch im Sinn einer fahrradfreundlichen Stadt. Allerdings, Robin hat es schon erwähnt, steht der Bahnhofplatz inklusive Umgebung vor einem grundlegenden Umbau. Die Volksabstimmung wird im Juni dieses Jahres stattfinden. Baustart, so das Volk will, wäre dann 2028. Daher würden wir aktuell davon absehen, kostenintensive Massnahmen in diesem Bereich zu installieren, die bald wieder zurückgebaut werden

müssten. Alternative Standorte in Bahnhofsnähe können natürlich jederzeit geprüft werden, obwohl die Erfahrung zeigt, dass Pendler und Pendlerinnen eigentlich am liebsten mit dem Velo direkt neben das Gleis fahren würden. Wir hatten in der Vergangenheit schon Parkierungsmöglichkeiten auf der anderen Seite der Aare und diese wurden nicht sehr gut genutzt. Aber wir werden während der Umbauzeit dieses NBO in der Umgebung so oder so provisorische Alternativlösungen finden müssen. Es ist ein wichtiges und ein gutes Anliegen in diesem Auftrag, aber für uns ist jetzt klar der falsche Zeitpunkt. Der Auftrag verlangt explizit fest installierte Fahrradstände und aus diesem Grund würden wir diesen Auftrag als nicht erheblich erklären, aber nicht als unwichtig. Habe ich das diplomatisch ausgedrückt? Nein, es ist eigentlich ein blöder Zeitpunkt, um etwas fest zu installieren und man nicht weiss, ob es am richtigen Ort ist. Dann muss man es wieder versetzen. Warten wir doch diesen Umbau ab, schauen, reicht es oder reicht es nicht. Wir können jederzeit ausbauen und Alternativen suchen. Überall.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Das aareseitige Velochaos bei der Bahnhofskreuzung ist uns allen bestens bekannt und man muss es sagen: Auch für Velodiebstähle bietet sich das an, weil die Velos ziemlich einfach weggetragen werden können. Wir haben es gerade von Marion gehört, diese mühsame Situation hat zum Glück auch ein Ablaufdatum. Denn mit dem neuen Bahnhofplatz werden sicher genügend Veloständer zur Verfügung stehen, sogar verbunden mit der eigenen Brücke. Aber wir wissen auch, dass mit der Projektierungsphase, der Volksabstimmung und dem tatsächlichen Baustart bis zur Eröffnung noch sehr viel Wasser die Aare hinunterfliesen wird. Deshalb haben wir den Vorstoss eingereicht mit der ergebnisoffenen Prüfung und – das wird dann noch wichtig –, wie man zumindest temporär die Situation verbessern kann. Ich kann hier auch transparent ausweisen, dass wir uns bereits im Vorfeld der Budgetdebatte im November 2024 überlegt haben, die genannten CHF 60'000 direkt zu beantragen und auf den Vorstoss zu verzichten. Da es uns, wie es auch in der stadträtlichen Antwort steht, klar ist, dass wir fest installierte Bügel nach zwei bis drei Jahren nicht wieder abmontieren wollen, haben wir den Vorstoss sehr offen formuliert. Wir danken darum eigentlich dem Stadtrat, dass er, wie er damals geschrieben hat, bereit ist, noch weitere Standorte und Alternativen zu prüfen. Wir denken hier insbesondere in der Umbauphase auch an die damals schon mal temporär vorhandenen Veloparkplätze beim Stadttheater, aber vor allem auch an die gedeckten Plätze auf der anderen Strassenseite vom Aarhof. In diesem Sinne sind wir eigentlich trotzdem davon überzeugt, dass sich hier gute, praktikable Lösungen ergeben werden. Denn das Gute an einem Prüfauftrag ist ja, dass man etwas prüfen kann und dann eigene Schlüsse daraus zieht. Vielleicht sind es dann nicht fest installierte Abstellplätze, aber gute, sichere, temporäre für die ganze Bauzeit. In diesem Sinne würde ich euch gerne bitten, diesen Vorstoss, respektive diesen Prüfauftrag trotzdem für erheblich zu erklären. Danke.

Darryl Fiechter, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Ich werde mein Votum ein bisschen kürzen. Grundsätzlich kann man festhalten, dass wir schon eine grosse Anzahl an Abstellplätzen haben. Vielleicht teilweise an falschen Örtlichkeiten. Fakt ist aber auch, dass es an ein paar Orten Veloleichen gibt, wo man Platz schaffen könnte, würde man da etwas konsequenter aufräumen und die nicht gebrauchten Velos zum Velofriedhof brächte und nicht am Bahnhof stehen liesse. Das würde sicher Kapazitäten bringen. Zusätzlich, das sagen wir auch, sind im Projekt des neuen Bahnhofplatzes genügend Abstellplätze geplant. Bis es so weit ist, wird es zwischenzeitlich bestimmt zu Unannehmlichkeiten für Velofahrende kommen. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass man vorsichtig sein sollte, fest installierte Velo-Abstellplätze jetzt in das Budget aufzunehmen oder zu installieren, weil wir zuerst den aktuellen Nutzen und den Lauf der Velos und der neuen Fahrwege eruieren sollen, bevor man neu in fest installierte Velo-Abstellplätze investiert. Es kommt demnächst zur Abstimmung mit dem Bahnhofplatz und ein Grossteil unserer Fraktion würde es wirklich sinnvoll empfinden, zuerst die Abstimmung abzuwarten, bevor man dann Mittel für Abstellplätze spricht, die man dann vielleicht braucht oder dann eben nicht braucht. Wir sind offen, zu prüfen, und da sind wir sicher auch dabei, wenn man sagt, dass man alternative Standorte am Bahnhof in Betracht ziehen könnte. Wir sind allerdings auch skeptisch darüber, ob die Velofahrer wirklich einen Fussweg von zwei bis vier Minuten auf sich nehmen, um an den Bahnhof zu gelangen, wenn sie die Aussicht haben,

vielleicht einen etwas weniger guten Platz am Bahnhof zu finden. Wir erachten es wirklich als sinnvoll, die Velo-Abstellplätze in der Nähe des Bahnhofs zu haben, oder wirklich direkt innerhalb des Bahnhofs. Da bietet der Umbau des Bahnhofs die perfekte Lösung dazu. Darum würden wir den Antrag grossmehrheitlich als nicht erheblich erklären. Besten Dank.

Christian Huber, Fraktion FDP: Nach der dunkelgrünen Charmeooffensive von Matthias zuvor gehen wir Richtung Normalgrün bei den Taxis. Wir haben es jetzt mit einer grünen, unheiligen Allianz zu tun bei den Velos. Versteht mich bitte nicht falsch. Ich bin ein grosser Fan davon, wenn wir parteiübergreifend und auch links-rechts-übergreifend arbeiten. Inhaltlich habe ich nicht viel zu ergänzen. So wie ich es verstanden habe, seid ihr, Marion, am Prüfen und Überlegen, wie man in dieser Übergangsphase des NBO andere Plätze für Velos benutzen kann. Entsprechend ist der Stadtrat am Prüfen und es braucht keinen weiteren Prüfauftrag. Wir würden beliebt machen, dass man ihn ablehnt, und wir werden dies einstimmig machen.

Daniela Minikus, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP teilt die übergeordnete Stossrichtung des Vorstosses, dass man mehr Veloabstellplätze zur Förderung des Langsamverkehrs geschaffen werden sollten. Zunehmend sichere Veloabstellplätze am Bahnhof fördert zweifelsohne die Attraktivität, dass man mit dem Velo an den Bahnhof fährt. Wenn es zu wenige Abstellplätze hat und keine Möglichkeit geboten wird, das Fahrrad richtig gut anzuketten, verzichtet man lieber auf das Fahrrad und das ist nicht im Sinne einer Förderung des Langsamverkehrs. Allerdings verstehen wir die Argumentation des Stadtrats sehr gut und sehen die Problematik im Kosten-Nutzen-Verhältnis. Mit der Realisierung des neuen Bahnhofs Olten würden die neu fest installierten Fahrradplätze voraussichtlich in kurzer Zeit, bevor sie abgeschrieben sind, wieder abgebaut werden. Fraktion SP/JSP kann in diesem Punkt der Argumentation des Stadtrats folgen und ist ebenfalls der Ansicht, dass man diese Baukosten nicht rechtfertigen kann. Zudem würde eine Festinstallation bauliche Massnahmen verursachen und durch die Umstrukturierung am neuen Bahnhofplatz müssten sie erneut entfernt werden, wenn es so weit kommt. Die Prüfung von alternativen Standortplätzen findet die Fraktion SP grundsätzlich auch eine gute Idee. Wir stellen aber lediglich fest, dass die Velo-Abstellplätze die Attraktivität verlieren, wenn man zwei bis fünf Minuten zum Bahnhof laufen muss. Zudem lehnt die Fraktion SP/JSP eine Reduktion von Abstellplätzen beim Bahnhof aufgrund von Festinstallationen klar ab. Schliesslich möchte die Fraktion SP/JSP erwähnen, dass bei geplanten Projekten im Rahmen einer Stadtentwicklung auch eine gewisse Flexibilität beibehalten werden muss. Mit dem Transformieren von Stadträumen kann es immer wieder Situationen geben, dass solche Plätze wieder aufgegeben werden müssen, indem sie in den nächsten paar Jahren auch entwickelt werden. Solche Umstände sollten auch in die Planung einbezogen werden. Wir als Fraktion können somit dem Anliegen für mehr festinstallierte Veloplätze nicht folgen und werden dem Auftrag so nicht zustimmen. Vielen Dank.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Um es vorwegzunehmen: Wir erklären diesen Auftrag für erheblich. Wir fänden ihn wichtig, denn der Bedarf nach sicheren Veloabstellplätzen am Brückenkopf auf der Seite des Bahnhofs ist immer noch vorhanden. Es wurden schon ganz viele Argumente ins Feld geführt. Was noch nicht gesagt wurde: Wir fänden es auch spannend, wenn man prüfen könnte, sollten diese Bügel installieren und nicht mehr gebraucht werden, wenn der Bahnhofplatz saniert ist, ob man diese auch weiterverwenden könnte. Es gibt noch weitere Orte in der Stadt, wo solche Bügel nötig sind. Wir finden, Qualität geht vor Quantität. Uns wären 75 sichere und ordentliche Abstellplätze lieber als 100 unsichere, wo die Velos umfallen oder gestohlen werden können. Dann möchte ich auch noch kurz das aufgreifen, was Marion schon kurz angesprochen hat. Der Stadtrat hat in einer Medienmitteilung vom 5. September 2016, also vor fast zehn Jahren, das Thema schon einmal aufgenommen. Man hat damals beschlossen, dass man beim Trottoir am südlichen Amtshausquai gegenüber des Stadttheaters 56 Veloparkplätze realisieren will, um die Situation am östlichen Brückenkopf mit dem wilden Parkieren (das war damals das Problem, aber das geht ja Hand in Hand), zu entschärfen. Mit einem Pilot hat man das dann gemacht. Es gibt auch noch einen OT-Artikel dazu, wenn es euch interessiert. Es sind dann verschiedene Einsprachen eingegangen, weil man eine Beeinträchtigung des Stadtbildes befürchtet hat. Der Stadtrat hat reagiert und den

ganzen Pilot auf die Seite des Restaurants Aarhof verschoben. Und dann ist leider nicht mehr ersichtlich, was aus diesem Pilot geworden ist. Ich habe leider keine weiteren Informationen gefunden, was mit diesen Einsprachen passiert ist. Anscheinend wurde diesen stattgegeben gegeben oder diesen Leuten wurde Recht gegeben, dass es das Ortsbild stört. Ihr erinnert euch: Es gibt keine Parkplätze mehr vis-à-vis vom Stadttheater. Ich weiss es nicht, aber ich habe leider keine Info dazu gefunden, wie der Pilot abgeschlossen wurde und was die Schlussfolgerungen waren. Dies allein ist für mich schon ein Grund, diesem Prüfauftrag zuzustimmen. Denn offensichtlich wurde dazu schon einmal gearbeitet. Ich möchte endlich wissen, was die Resultate davon sind.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Möchte die Fraktion SVP noch ein Fraktionsvotum halten?

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Das deckt sich mit meinem Einzelvotum als Auftragssteller.

Stadträtin Marion Rauber: Wie ich zuvor schon erwähnt hatte, war ich damals noch nicht im Stadtrat. So wie ich es im Kopf habe, war es wirklich so, dass die Velo-Abstellplätze, die man vis-à-vis vom Stadttheater installiert hat, eigentlich sehr wenig genutzt wurden. Man ging davon aus, dass es doch relativ nahe am Bahnhof ist, man muss einfach über die Brücke laufen. Es hat sich gezeigt, dass es eher von Leuten genutzt wurde, die in die Stadt gingen, aber nicht von den Pendlern. Aber du musst mich nicht darauf behaften. Ich weiss es aus eigener Erfahrung, als ich mein Velo immer dort abstellte. Und das Zweite, was du noch gesagt hast, dass man diese Bügel natürlich anderswo verwenden könnte. Das Problem bei dem Ganzen ist das Fundament, das man erstellen muss, um die Bügel zu verankern. Das ist auch das, was die Sache so teuer macht. Die Bügel selber sind nicht der grosse Kostenpunkt, sondern das Fundament, das man machen muss, um sie einzubetonieren. Und das ist die graue Energie, die man vernichten müsste, wenn man sie an einem anderen Ort abstellt. Wenn es so einfach wäre, dass man es wie unser Stadtmobiliar anderswo aufstellen könnte, könnten wir es selbstverständlich für zwei Jahre noch machen. Aber es ist eben nicht so, dass man hier nicht sehr viel graue Energie vernichtet, wenn man sie wieder umplatziert. Dies noch zur Ergänzung.

Heinz Eng (FDP): Ich habe eigentlich ein wenig gestaunt über diesen überparteilichen Auftrag oder Prüfauftrag, mit mindestens einer Partei, die immer das Individuum und die Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt und jetzt nach dem Staat ruft für sichere Abstellplätze usw. Das war für mich sehr befremdlich. Jene, die schon länger im Rat sind, wissen auch, das Thema ist nicht neu. Früher hiess es einfach anders, nämlich «Diebstahl von Velos am Bahnhof» usw. Das ist dann auch ein wenig im Sand versunken. Nun haben wir diesen Prüfauftrag. Ich bin Velofahrer. Ich fahre, wenn immer möglich. Wenn ich den ÖV nehme, gehe ich mit dem Velo an den Bahnhof. Ich habe ein E-Bike. Es gibt sichere Abstellplätze. Man muss einfach z.B. CHF 180 pro Jahr zahlen. Dann bekommt man einen Chip und kann da hinten bei der Oltech (*unverständlich*) stellen. Das Zweite ist, der Prüfauftrag ist eigentlich falsch. Es geht darum: Wie sichere ich mein Fahrrad? Nicht: Wie Fahrrad-abstellplätze sichern? Da könnt ihr zu jedem, wirklich zu jedem Fahrradmechaniker oder Velogeschäft gehen und sagen: «Ich habe hier ein E-Bike, ein 45 km schnelles, kostet CHF 8'000 Wie sichere ich das?» Dann wird man euch sagen (ich habe es selber erlebt): Vorne eine Kette, hinten eine Kette, die zwei nochmals mit einer Kette verbunden, und noch eine 5 kg-Kette für den Helm drumherum. So ein Velo, das schleppt niemand durch die Altstadt. Niemand. Das ist sicher. Und die Professionellen, die ein Lieferwägelchen hinzunehmen und die Velos direkt einladen, um solche Velos einzupacken, brauchen dann, je nachdem, irgendwann Schneidbrenner, damit ihr die überhaupt öffnet. Also, ist von mir aus falsch. Ich werde dem sicher nicht zustimmen. Eigenverantwortung. Sichert eure Velos. Aber es wurde gesagt, man fährt natürlich im hinterletzten Moment mit dem Velo an den Bahnhof, stellt es irgendwie hin, und abends kann man es dann irgendwo suchen, und plötzlich ist es dann geklaut, obwohl es vielleicht 500 Meter danebensteht. Aber das sind auch Überlegungen. Noch einmal: Sichert eure Velos. Eigenverantwortung. Und fertig.

Robin Kiefer (SVP): Danke, Heinz, für dein engagiertes Votum. Eben noch kurz zur Klarstellung: Sicherheit ist sehr wohl eine Staatsaufgabe. Und die Stadt Olten ist für die Sicherheit auf dem Stadtgebiet zuständig.

Beschluss

Mit 20:18 Stimmen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entspr. Direktion(en)

Überparteilicher Auftrag betr. Sichere Fahrradabstellplätze am Bahnhof Olten - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

18 JA 0 ENTH. 20 NEIN

Einzelergebnis

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Wyss	Markus	FDP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	NEIN
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	NEIN
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	NEIN
von Arx	Christine	SP/Junge SP	NEIN
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	NEIN
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	NEIN
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA
Schor	Christine	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Ich schliesse die Sitzung. Ich wünsche euch noch einen schönen Abend und kommt gut nachhause.

- - - -

Parlamentspräsidentin:	Ursula Rüegg
Stadtschreiber:	Ramon Christen
Verantwortlicher Protokollführer:	Roland Sampt
Schriftliches Protokoll:	Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.